

Sezugspreis: Für die erste Hälfte August 5000 M. voraus zahlbar. Unter Bezugnahme für die erste Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Ruhrgebiet sowie Österreich und Bregenz 64 000 M. für das übrige Ausland 75 000 M.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 14. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Regierung Stresemann - Robert Schmidt

Der Reichspräsident hat den Reichstagsabg. Dr. Stresemann zum Reichkanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt:

- Bizkanzler und Wiederaufbau: Robert Schmidt (Soj.)
Inneres: Solfmann (Soj.)
Justiz: Radbruch (Soj.)
Finanzen: Hilferding (Soj.)
Arbeit: Brauns (Ztr.)
Besetzte Gebiete: Fuchs (Ztr.)
Verkehr: Dejer (Dem.)
Reichswehr: Schler (Dem.)
Ernährung: Lutzer.

Als Reichswirtschaftsminister ist a. Kaumer (D. V.) vorgelesen.

Das Ministerium für die besetzten Gebiete ist neu zu schaffen. Die Geschäfte des Reichsaussenministers führt bis auf weiteres der Reichkanzler.

Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt. Weiter besteht der Plan, den preussischen Ministerpräsidenten Braun (Soj.) zum Reichsminister ohne Portefeuille zu ernennen.

Die Reichstagsführung, in der die neue Regierung ihr Programm verkünden wird, beginnt heute nachmittags 1 Uhr.

Die Regierung Stresemann - Robert Schmidt, die heute um 1 Uhr nachmittags im Reichstag ihre Programmklärung abgeben wird, ist aus der tiefsten Not des Volkes geboren. Sie stellt einen Versuch dar, den äußeren und inneren Zerfall des Reiches aufzuhalten und seiner Bevölkerung durch Führer und Räte wieder den Weg ins Freie zu weisen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich entschlossen, im Reich eine große Koalition nach dem Muster der preussischen bilden zu helfen, weil niemand imstande war, einen anderen Ausweg zu zeigen. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, die große Koalition habe in unserer Partei begeisterte Verehrer. Niemand sah in ihr etwas anderes als eine an sich wenig erfreuliche politische Notwendigkeit. Man hat sie zu vermeiden gesucht, solange sie zu vermeiden war, und hat sie schließlich angenommen, weil nur noch zwischen ihr zu wählen war und dem hoffnungslosen Chaos.

Manche, die sich lange gefühlsmäßig gegen die große Koalition sträubten, sind ihre Anhänger geworden. Viele, die heute noch in ihr ein Unheil sehen, werden später hoffentlich einsehen, daß sie das einzige Mittel war, viel schlimmeres Unheil zu verhüten.

Diese Hoffnung wird sich aber nur dann erfüllen, wenn unsere Vertreter in der neuen Regierung eine stark geschlossene Partei hinter sich haben werden. Kein Parteigenosse wird denen, die sich zu diesem schweren Entschluß durchgerungen haben, den guten Willen absprechen, den arbeitenden Massen zu helfen. Denn wahrlich, man müßte ja ein Herz von Stein im Leibe haben, wenn man das ungeheure Elend, die Verzweiflung im Lande sähe und nicht mit allen Kräften auf Besserung hinarbeiten wollte.

Die Frage löst uns immer wieder entgegen, ob es denn möglich sei, gemeinsam mit bürgerlichen Parteien etwas Nützliches zu erreichen. Daraus ist zu antworten, daß eben auch dieser Versuch gemacht werden muß. Auch die Wähler der bürgerlichen Mittelparteien sind zum großen Teile Arbeiter, Angestellte, Beamte, Leute aus dem kleinen Mittelstand, denen die Not auf den Nägeln brennt. Auch die bürgerlichen Parteien können nur mit Grauen an die Zustände denken, die eintreten müßten, wenn es nicht gelänge, den arbeitenden Massen ausreichende Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Es wird die Aufgabe unserer Vertreter in der Regierung sein, die Vertreter der bürgerlichen Parteien immer wieder auf diese Tatsachen hinzuweisen und sie zu fragen, wie sie sich die Zukunft denken, wenn Vorschläge zur Rettung aus Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Besitzenden abgelehnt würden.

Daß solche Vorstellungen doch nicht ganz vergeblich sind, das lehrt die Annahme der letzten großen Steuervorlagen, das geht auch daraus hervor, daß das Programm, das von der Sozialdemokratie für die neue Regierung entworfen wurde, von den bürgerlichen akzeptiert worden ist. Diese sind deswegen noch lange keine Sozialdemokraten geworden, und über manche Fragen wird es gewiß ein hartes Ringen geben. Aber wie wird dieses Ringen zugunsten der Arbeiter entschieden werden können? Etwa so, daß man sich zur Seite stellt und sagt: „Es hilft ja doch alles nichts!“ Oder nicht etwa so, daß man fest und geschlossen hinter den Sozialdemokraten in der Regierung steht und den nötigen Massenruck der öffentlichen Meinung hinter sie setzt, damit sie sich auch durchsetzen können?

Die Streikbewegung gleicht einem Steppenbrand; auf dem ausgedörrten Boden der deutschen Wirtschaft kann aus einem kleinen Funken ein Flammenmeer entstehen. Die meisten dieser, die freiwillig die Arbeit eingestellt haben, sind verzweifelte Menschen, die in ihrer Ratlosigkeit nur noch Hesper ins Verderben rennen. Zu verurteilen sind nur diejenigen, die dieses Feuer anzufachen, in dem irrigen Glauben, sie könnten dabei für sich persönliche oder parteipolitische Vorteile einheimfen. Sie sind es, die an den Arbeitern das schlimmste Verbrechen begehen.

Jeder, der in der Arbeiterbewegung auch nur die allergeringste Erfahrung hat, weiß, daß ein Streik nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn er auf ein klares, fest begrenztes Ziel gerichtet ist. Eine Streikbewegung, der ein solches Ziel fehlt, ist von vornherein zum Zusammenbrechen verurteilt. Nach ein paar Tagen werden alle Maschinen wieder laufen; das Unheil, das inzwischen droht, auf das geringste Maß zu beschränken ist die Aufgabe jedes besonnenen Arbeiters, der seiner Klasse ehrlich dienen will.

Die neue Regierung, hinter der die gewählten Abgeordneten einer ungeheuren Volksmehrheit stehen, hat das Recht, zu verlangen, daß man sie erst einmal arbeiten läßt und nach ihren Taten beurteilt. Sie hat die Pflicht, sich die Möglichkeiten zur Arbeit zu verschaffen; sie muß ihren Willen zur Geltung bringen können, sonst verdiente sie allerdings davon abgesehen zu werden. Sie muß ihren Willen gegenüber den Besitzenden durchsetzen, sie kann sich aber auch nicht von Kommunisten und Syndikalisten auf der Nase herumtanzen lassen.

Ihre Aufgabe wird es zunächst sein, die finanziellen Notgelegenheiten, die der Reichstag entsprechend den sozialdemokratischen Forderungen beschlossen hat, zur Ausführung zu bringen. Aber dabei wird sie es nicht bewenden lassen können. Sie muß die nötigen Zahlungs- und Lebensmittel heranschaffen, mit der Erfassung der Sachwerte Ernst machen, die Wertbeständigkeit der Löhne sichern und unsere Währung der Gefundung entgegenführen. Das sind alles Arbeiterforderungen, zu deren Erfüllung es gewaltiger Arbeit bedürfen wird.

Politisch muß vor allem dem Skandal ein Ende gemacht werden, daß illegale Rechtsorganisationen bei der Reichswehr Unterstützung finden. Wenn die Arbeit, die Severing im Kampf gegen diese Organisationen leistet, nicht zum vollen Erfolg geführt hat, lag das vor allem daran, daß ihr in der Reichsregierung die nötige Unterstützung fehlte. Das muß nun anders werden! Unsere Genossen in der Reichsregierung müssen dafür sorgen, daß die Sozialdemokraten in den Einzelregierungen in ihrem Kampf gegen reaktionäre Geheimverschwörungen die nachdrücklichste Hilfe finden. Hier wird vor allem für den neuen Reichsinnenminister, Genossen Solfmann, viel zu tun sein.

Aber letzten Endes entscheidet sich unter aller Schicksal an der auswärtigen Politik. Wenn die deutschen Arbeiter sich heute in einer viel elenderen Lage befinden als ihre Klassengenossen in der ganzen übrigen Welt, so liegt das daran, daß nach einem verlorenen Krieg ein wahrer Frieden noch nicht eingeklebt ist. Der gewalttätige Imperialismus Frankreichs gegen das wehrlose Deutschland ist durch die neueste Erklärung der englischen Regierung an den Pranger der Weltpolitik gestellt. Der Ruhrreinbruch mit allen Gewalttaten, die er im Gefolge hatte, ist als Friedensvertragswidrig gebrandmarkt. Das ist eine Tatsache von solcher Bedeutung, daß wir sie in all unseren inneren Nöten nicht übersehen dürfen.

Geschickt ausgenutzt wird sie der neuen Reichsregierung helfen können, das Ziel zu erreichen, das sich jede deutsche Regierung setzen muß: Befreiung der Bevölkerung der besetzten Gebiete von einem unerträglichen Druck, Lösung des Reparationsproblems, Verständigung auch mit dem französischen Volk, das von seiner Regierung und seiner Presse irreführt, den Weg zum Verderben ganz Europas wandelt. Aber Verständigung ist etwas anderes als slavische Unterwerfung unter eine rechtswidrige Gewalt, wie sie jetzt von uns gefordert wird und wie sie kein Volk vollziehen kann, ohne alle Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu begraben.

Auch die schlimmste Not des Augenblicks soll uns diese Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht nehmen. Wir vertrauen darauf, daß die arbeitenden Massen durch alle Drangsal den rechten Weg finden werden. Wir wollen stolz sein, wenn es sozialdemokratische Arbeit gelingt, die schlimmste Not zu bannen und den Glauben an die große Mission der Arbeiterklasse wieder aufzurichten.

Jetzt heißt es: Arbeiten und nicht verzweifeln!

Der Widerhall in der Presse.

Der Rücktritt der Regierung Cuno und ihre Ersetzung durch ein Kabinett der großen Koalition wird in den meisten Berliner Blättern als eine längst erwartete Tatsache behandelt. Fast übereinstimmend sind die Zeitungen der verschiedenen Parteirichtungen in der Auffassung, daß die Lage der Regierung Cunos längst gezögert waren, da sie besonders in wirtschaftlicher Beziehung völlig versagte. Die „Germania“ sagt u. a.:

Sicher wäre die Lage heute nicht so gespannt, hätten die Wirtschaftskreise die Regierung besser unterstützt und sich nicht jede notwendige Maßnahme abringen lassen. Es scheint der Fluch der deutschen Politik zu sein, daß sie eigentlich nur unter Hochspannung vernünftig arbeiten kann. Kostbare Monate werden verstreut, um nachher in Tagen im Stillstand nachholen zu müssen, was längst in aller Ruhe hätte geschehen können. Das gilt besonders von der finanziellen und wirtschaftlichen Fundierung des Ruhrkampfes. Es ist überflüssig, hierüber noch näheres zu sagen, denn die Schäden sind so offenkundig und erst in letzter Stunde, und hoffentlich noch nicht zu spät, vom Reichstag erkannt worden. Die größere Verantwortung lastet nach dieser Richtung auf den zuständigen Ministern. Die Aufgabe des Gesamtleiters der Politik wäre es allerdings gewesen, die Richtlinien aufzustellen, nach denen die Fachministerien zu handeln hätten. Aber auch innerhalb des Reichskabinetts hat es an der Führung gefehlt. Man hat die Dinge allzusehr laufen lassen.

Die „Vossische Zeitung“ gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn

„die Parteien vor acht Tagen den Mut gehabt hätten, den sie endlich am Sonnabend ausgebracht haben, es gelungen wäre, all das Schlimme zu verhindern, das während der letzten Tage sich durchgezogen hat, die kommunistische Generalstreikparole wäre dann wahrscheinlich überhaupt unterblieben, mindestens aber wäre sie nicht auf Massen gestoßen, die aus Not und Verzweiflung geneigt waren, ihr auch nur in dem Maße Folge zu leisten, wie es sich gerade ergab. Aber man hat eben das Blut des alten Kabinetts verfließen lassen, anstatt es auszublauen. Und so etwas rächt sich in der Politik immer.“

Auch „Der Deutsche“, das Blatt Stegerwalds, betont, daß das Kabinett Cuno „in den Augen sämtlicher Parteien durch das Vergehen der im Augenblick wichtigsten Stellen: des Finanzministeriums, des Wirtschaftsministeriums und der Reichsbank belastet“ war.

Die Rechtspresse zeteriert über die „gemerkchaftlich-sozialistische Nebenregierung“. Besonders die „Neue Zeitung“ erregt sich bei der Vorstellung, daß das „Parlament sich der Sozialdemokratie unterworfen“ habe und versichert, wenn das Kabinett Stresemann wieder erwarten eine Weile am Ruder bleibe, so werde es „als eine verkappte sozialistische Regierung anzupreisen sein“. Innerpolitisch scheint die „Sozialdemokratie auf der ganzen Linie gesiegt“ zu haben. Ganz ähnlich natürlich die „Deutsche Tageszeitung“, die um die Wertbeständigkeit der landwirtschaftlichen Produkte bangt. Sie spricht von „sozialdemokratisch-gewerkschaftlichem Diktat“ und will die Spieler händeln mit der Behauptung, der „neue Kurs“ sei von vornherein festgelegt auf die freigewerkschaftlichen Forderungen, die die Sozialdemokratie zu den ihren gemacht habe. Die Sozialdemokratie habe sich im Verein mit den Gewerkschaften als bestimmender Faktor des deutschen politischen Lebens betätigt. Zum Schluß wird versichert, daß die „Landwirtschaft“ sich nicht zum „Objekt von Nebenregierungen“ machen lassen werde. Bomil der Ton angegeben ist, nach dem in Zukunft überall im Lande gepflogen wird.

Die „Deutsche Zeitung“ erinnert hochachtungsvoll an die Wahlparole Stresemanns: „Von roten Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei“, um daraus die Folgerung zu ziehen, daß Stresemann jetzt selbst in roten Ketten liege, also „am Ziel“ sei.

Die volksparteiliche „Zeit“ umreißt die Aufgaben des neuen Kabinetts in diesen Worten: „Ein Kabinett Dr. Stresemann bedeutet die Konzentrierung unserer gesamten politischen Arbeitskraft auf ein Ziel. Dieses Ziel kann gegenwärtig im Innern nur die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Stärkung unserer wirtschaftlichen Kraft sein, nach außen aber nichts anderes als die Verteidigung des Vaterlandes gegen den französischen Einbruch. Wenn etwas in Frankreich jetzt die Hoffnung wecken sollte, daß Deutschlands Widerstand nachlassen werde, so wird niemals ein Volk eine größere Enttäuschung erlebt haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich Deutschland unter seiner neuen Regierung erst recht mit aller Kraft gegen den äußeren Feind zur Wehr setzt und auch nicht einen Zoll breit von dem Wege abweicht, den ihre Vorgängerin gegangen ist.“

Das Ausland über den Regierungswechsel.

Außerungen der französischen Vintspresse.

Paris, 13. August. (CP.) Die Vintspresse bringt dem neuen Kabinett Stresemann allgemein mehr Vertrauen entgegen, als die wenigen nationalistischen Zeitungen, die heute den Kabinettswechsel in Deutschland kommentiert haben. Das „Devoir“ weist darauf

Hier, daß Stresemann der Ansicht sei, der Markkurs müsse stabilisiert und die Reparationen bezahlt werden. Man dürfe aber deshalb nicht glauben, daß Stresemann ein Freund Frankreichs sei. Auf alle Fälle werde er die Interessen seines Landes nicht außer acht lassen. Stresemann habe augenscheinlich Ideen. Es stelle sich aber die Frage, ob die Revolution, die in Deutschland auf dem Marsche sei, ihm Zeit lassen werde, dies zu verwirklichen. Die „Ere Nouvelle“ fordert, daß die französische Regierung Stresemann gegenüber anders verfahren wird, als mit der Regierung Cuno und hofft, daß Unterhandlungen erfolgen werden, ohne daß zuvor die Einstellung des passiven Widerstandes gefordert werde. Frankreich habe bei einem solchen Vorgehen nichts zu befürchten. Die Prestigefrage, die bei einem so arroganten Kanzler Cuno eine Rolle spielen konnte, habe bei Stresemann nur noch beschränkte Wichtigkeit. Ereignisse hätten die bestmögliche Regierung an die Spitze Deutschlands gebracht. Frankreich müsse diese Gelegenheit auszunutzen verstehen und sich weniger unanschaulich zeigen, wenn auf der anderen Seite ebenfalls eine Anstrengung gemacht werde. Die radikale Zeitung „Quotidien“ dagegen vertritt sich wenig von dem neuen Kabinett. Sie erklärt, daß großblütiger Kabinett Cuno sei einfach durch das großbürgerliche Kabinett Stresemann ersetzt worden. Das neue Kabinett sei von vornherein verurteilt. Wenn einmal die Sozialdemokraten eine führende Rolle spielen wollten, so werden sie die Mehrheit des Kabinetts gegen sich haben. Der sozialistische „Populaire“ hofft, daß die Sozialdemokraten im Kabinett Stresemann ihr Reparationsprogramm durchführen werden. Es frage sich nur, welche Haltung der Quai d'Oran der neuen deutschen Regierung gegenüber einnehmen werde, ob dieser sie in ihrer Aufgabe unterstützen werde oder im Gegenteil durch die Aufrechterhaltung der Forderungen zur Verzweiflung und das deutsche Volk zur Auflehnung bringen werde. Die kommunistische „Humanité“ glaubt, daß die Entwicklung in Deutschland nicht abgeklaffen sei, und daß Deutschland der Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung entgegenstehe, die allein imstande sei, die Reparationsfrage zu lösen.

Der „Temps“ an Stresemann.

Paris, 13. August. (Eig.) Ueber den Kabinettswechsel schreibt der „Temps“ folgendes: Das Kabinett Cuno ist zusammengebrochen, und Stresemann hat den Auftrag erhalten, das neue Kabinett zu bilden. Er hat am letzten Donnerstag vor dem Reichstag Worte gesprochen, die man lieber vergessen möchte. Er hat gesagt, daß „der Ruhrkampf wieder aufgegeben noch unterbrochen werden soll“. Warum will man das Problem der französisch-deutschen Beziehungen gerade auf diese Weise ansprechen? Es wäre besser, das Boden für eine Einigung zu suchen, als einen Kampfzweck zu wählen. Stresemann hat weiter gesagt, Frankreich habe niemals gewollt, daß seine Politik von den Parteien oder den Persönlichkeiten abhängig, die in Deutschland an der Macht sind. Stresemann täuscht sich, und es liegt jetzt an ihm, dies zu bemerken. Unter den voraussichtlichen Mitgliedern des neuen Kabinetts, so fährt der „Temps“ fort, nennt man Männer aus Industrie und Politik, die die Mittel geprüft haben, um die deutschen Schulden durch die Uebertragung marktfähiger Werte zu kapitalisieren. Die neue deutsche Regierung könne nunmehr entschlossen daran gehen, dieses Problem zu lösen. Auf diese Weise werde die Reparationsfrage außerordentlich vereinfacht werden.

Unruhen im Reich.

Hamburg, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Die staatliche Pressestelle berichtet: Die Bekanntmachung einzelner Verurteilungen, daß die Arbeiter, denen ihre Entlassungspapiere nicht zugesandt wurden, am Montag wiedereinstellen würden, veranlaßte heute morgen eine Anzahl von Arbeitern, den Weg nach den Werften anzutreten. Sie fanden am Hafen St. Pauli die Bandenbrüder und den Abtunnen von Werftarbeitern besetzt, die sie von der Wiederaufnahme der Arbeit abzuhalten suchten. Bei den sich dabei ergebenden Zusammenstößen schritt die Polizei ein, die zunächst der Menge gegenüber zu schwach war. Es kam zu Entlassungen und Beamtenerschuldungen bis Verletzung eintrat. Schläge, die tödlich angegriffen wurden, machten von der Schußwaffe Gebrauch. Die Zahl der Verwundeten steht zur Stunde nicht genau fest. Sicher ist, daß ein Zivilist erschossen und auf beiden Seiten Verletzte sind. Die Tumultuanten hielten inzwischen die Strahndampfer an und zwangen die Insassen, zu Fuß weiterzugehen. Auch der Betrieb der Hochbahn am Millerntor wurde vorübergehend lahmgelegt. Die Polizei ist dabei, die Ordnung mit starken Kräften wiederherzustellen. Sie ist Herr der Lage. Sie hat das Erscheinen der kommunistischen „Volkszeitung“ verhindert und die Druckerei besetzt. Soweit bekannt, sind drei bis vier Verwundete festgestellt. Das Gerücht von einem Streik der Wasserwerke ist unrichtig. Der Senat hat den

Belagerungszustand über Hamburg verhängt, was ein Aufruf an die Bevölkerung näher begründet.

Unter Hamburger Parteivorstand hat an die Arbeiterschaft einen Aufruf erlassen, in dem es zum Schluß heißt: „Wir fordern von unseren Parteimitgliedern: Die Generalfreiparolen dürfen nicht befolgt werden. Die Arbeit ist überall weiterzuführen.“

Wittenberge, 13. August. (U.) Heute morgen zogen die Besatzungen der Wärtischen Ludschiben nach den Singernämaschinenwerken und forderten die gesamte Besatzung auf, in den Generalfreistreit zu treten, was noch einstündiger Betriebsversammlung geschah. Danach zogen die Arbeiter in die einzelnen Betriebe und legten sie sämtlich still, so daß heute die Besatzungen sämtlicher Betriebe, außer der Eisenbahnhauptwerkstätte, in den Streik getreten sind. Man will eine Kontrollkommission für die Lebensmittelverteilung einsetzen. Augenblicklich finden Verhandlungen statt.

Lübeck, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Auch am Montag verfiel der Sozialdemokratische Selbstschutz nach den Ordnungsdiens in der Stadt. Die Streikwelle ist völlig abgeflaut. Der Generalfreistreit wurde von den Gewerkschaften am Sonntag abgelehnt. Seit Abzug der Polizei haben sich Zwischenfälle nicht mehr ereignet. Die Betriebe arbeiten, das Geschäftsteben nimmt seinen gewöhnlichen Verlauf, alles ist ruhig. Von den drei Schwerverwundeten unter den zehn Verletzten des Sonnabend ist keiner seinen Verletzungen erlegen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Führung der Arbeiterschaft völlig in der Hand.

Breslau, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) In Ratibor und Neurade ist die Ruhe wiederhergestellt. Nachdem es in Neurade auch am Sonnabend und Sonntag noch zu weiterem Blutvergießen gekommen war, wobei 15 Schuppelbeamte von der durch die Feuerung erzeugten Menge entworfen wurden, ist die Stadt jetzt durch ein größeres Aufgebot von Schuppelbeamten besetzt worden, ohne daß es dabei zu größeren Zwischenfällen kam. Der Neurader Landrat, Genosse Dr. Ragel, ist bei den Unruhen schwer verletzt worden. Oberpräsident Genosse Zimmer und Regierungspräsident Dr. Joenike haben sich ins Unruhegebiet begeben. Größere Mengen von Margarine und anderen Lebensmitteln sind unter die besonders notleidende Bevölkerung verteilt worden.

Kulmbach, 13. August. (W.B.) Bei einer Rundgebung nationalistischer Verbände im Bezirk Kulmbach-Nord kam es zu Unruhen, wobei eine Person getötet und mehrere verletzt wurden. Eine Anzahl Personen wurde in Schutzhaft genommen.

Merseburg, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Kornschiffen Streik und Ausschüsse wurde nur in Merseburg und Zeitz Folge geleistet. In Merseburg verlief der Montag ruhig, während es in Zeitz zu Unruhen kam, wobei bisher vier Tote und eine Reihe Schwerverletzter auf das Haupt der SPD zu buchen sind. Nach Leipziger Blättermeldungen versuchten gestern morgen Kommunisten aus Borna und anderen Industriorten in Zeitz einzudringen, um die Stadt zu besetzen. Es kam zu einem Kampf mit der Schuppelbeamten, wobei neun Angehörige erschossen wurden. Dreißig Personen, darunter zahlreiche Polizeibeamte, wurden verwundet. Der Angriff darf als abgelehnt gelten.

Stettin, 13. August. (U.) Eine stark besuchte Betriebsrätenversammlung lehnte einen Kommunistenaufruf auf Auslösung des Generalfreistreiks ab. Mehrere große Betriebe haben die Arbeit wieder aufgenommen, dagegen sind die Bauarbeiter in den Streik getreten. Die Hafenarbeiter nehmen im Laufe des heutigen Tages dazu Stellung, ob sie in den Streik treten oder nicht.

Leipzig, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) In den großen Betrieben der westlichen Vororte legten die Kommunisten ihre Bestrebungen, die Fabriken zwangsweise stillzulegen, fort. Im allgemeinen hatten sie damit nicht den erhofften Erfolg. Am Montag nachmittag veranstalteten sie auf dem Augustusplatz eine Demonstration; sie zogen an dem Polizeipräsidium vorbei nach dem Reichsgerichtspalast, wo sich die Demonstration ohne Zwischenfälle auflöste. Trotz der riesenhaften Klänge, der aufreizenden Propaganda und der Anwendung von Terrakotten beteiligten sich nur etwa 20 000 bis 25 000 Personen. Beispielsweise hatte die große Eisenbahnbetriebswerkstätte von Engelsdorf, die bisher eine Hochburg der Kommunisten darstellte, die Beteiligung abgelehnt. Die Redner forderten zu einem 24stündigen Generalfreistreit auf, der am Dienstag früh einsetzt soll. Die Kommunisten machen große Anstrengungen, die Arbeiter der Elektrizitätswerke zur Beteiligung am

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die beiden Bundesverbände des ADB und des AFA-Bundes erlassen folgenden Aufruf:

Gegenüber der neuen Generalfreistreibparole der Kommunisten wiederholen wir hiermit aus unserem letzten Aufruf vom 26. Juli die Aufforderung an unsere Mitglieder:

Lehnt die Gemeinschaft mit diesen Aktionen der Kommunisten ab! Halbet gewerkschaftliche Disziplin!

Die Kommunisten kennen kein anderes Mittel gegen alle Nöte des Volkes als Demonstrationen und Generalfreistrit. Diese Sinnlosigkeit können die Gewerkschaften nicht mitmachen.

Der völlig verantwortungslose „Reichsausschuh der Betriebsräte“ in Berlin hat nicht das geringste Recht, der deutschen Arbeiterschaft die Richtung und die Methoden ihres Kampfes vorzuschreiben.

Die Berliner Ortsauschüsse des ADB und des AFA-Bundes haben bereits am Sonnabend den Generalfreistrit als das ungeeignete Mittel zur Befreiung der augenblicklichen Not erklärt und ihn deswegen ganz entschieden abgelehnt. Er muß von den Gewerkschaftsmitgliedern im ganzen Reich ebenso entschieden abgelehnt werden!

Die Regierung Cuno wachte bereits seit unserer Erklärung am 30. Juli, daß sie jedes Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung verloren hatte. Mit großer Schuld beladen, ist die Regierung Cuno jetzt erschwunden. Sie ist dem zornigen Unwillen des Volkes gewichen.

Die nun zu bildende neue Regierung wird sich nur halten können, wenn sie durch wirklich tiefgreifende Maßnahmen die Ursachen beseitigt, welche die gegenwärtige furchtbare Lage herbeigeführt haben. Sie muß also, wenn sie nicht ebenso wie ihre Vorgängerin scheitern will, die Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei erfüllen!

Diese Forderungen können aber nicht erfüllt werden, wenn durch einen Generalfreistrit die Not im Lande noch riesenhaft vergrößert wird. Wir rufen aus diesem Grunde im Bewußtsein unserer Verantwortung für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung alle Arbeiter und Angestellten im ganzen Reich auf, trotz kommunistischen Druckes

die Arbeit fortzusetzen oder sie wieder aufzunehmen.

Streik zu gewinnen, um dadurch andere industrielle Werke zwangsweise stillzulegen. Die Gasarbeiter, die seit Sonnabend wegen der sofortigen Auszahlung einer ihnen zugesprochenen Lohnnachzahlung in die passive Resistenz eingetreten waren, haben am Montagmittag die Arbeit wieder aufgenommen. In der weiteren Umgebung Leipzigs, besonders im Bornaer Braunkohlenrevier, sind die Arbeiter in den letzten Tagen dazu übergegangen, bei den Landwirten Beschläge und Zwangsverkäufe vorzunehmen. Am Sonntag haben Verhandlungen stattgefunden, sie führten zu einer Verständigung. Die Vertreter des Landbundes erklärten sich bereit, ihre Mitglieder anzuhalten, Frühkartoffeln für 6500 M. zu liefern. Für eine einmalige Brotzulage in der nächsten Woche in Höhe der doppelten Ration will der Landbund 1100 Zentner Getreide zum Umlagepreis von 115 000 M. für den Zentner liefern. Außerdem soll Fleisch zu wesentlich billigerem Preis abgegeben werden. Auf Grund dieser Abmachungen ist die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit zu erwarten.

Köln, 13. August. (U.) Heute mittag versuchte ein Trupp Kommunisten das Aachener Polizeipräsidium zu stürmen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei gab es 15 Tote und zahlreiche Verwundete.

Die Steuerabgabe beginnt.

Helferichs Klassenhaß gegen die Besitzenden.

Die Steuererlasse sind kaum vom Reichstag beschlossen, da beginnt schon die öffentliche Aufreizung zur Sabotage durch das Kapital. Die „Berliner Börsenzeitung“ vom Sonntag, die auf einer Seite den Reichskanzler Wirth einen Bankrotteur nennt und auf das heftigste gegen die Inflationspolitik des Herrn Hermes polemisiert, schildert auf einer anderen Seite die angebliche Stimmung der Bankiers herrliche allgemeine Entrüstung über die „Hals über Kopf beschlossenen neuen Steuern“. Der Artikel fährt wörtlich fort:

Leider kann nicht geleugnet werden, daß die ganze Steuererhebung auf

Klassenhaß

ausgebaut ist. Der Zielpunkt des ganzen Befehes ist ersichtlich die gänzliche Vernichtung des Kapitals.

Der große und der kleine Besitz werden das verhängnisvolle Opfer einer einseitig eingestellten Steuermaschine werden, und alle die traurigen Folgen einer gänzlichen Verarmung ganzer Bevölkerungsteile werden sich in Kürze einstellen und das „Deutsche Reich“ in das „Deutsche Arm“ verwandeln. Angesichts der Annahme der von Jäferenwahn

ditierten neuen Steuererlasse muß man sich fragen, ob denn nirgends unter der Vertreibung des Volkes der Denker sich gefunden hat, der an Hand des Einmaleins zu berechnen imstande war, daß die Erhebung der verlangten Steuern einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist? Was niemand unter den Vertretern des erwerbenden Bürgertums bereit, den Mund zur Abwehr einer drohenden verhängnisvollen Maßnahme zu öffnen, oder schaute man so sehr die allzeit bereite Katastrophe der ändersten Linken, um auch nur den Versuch zu wagen, sich in nicht zustimmendem Sinne zu äußern?

Helferich wird sich sehr freuen, zu hören, daß er Steuererlasse zugestimmt hat, die auf den „Klassenhaß“ ausgebaut und zur „Vernichtung des Kapitals“ bestimmt sind. Interessant wäre es schon zu erfahren, wer es eigentlich ist, den die Bankiers oder wenigstens ihr Organ des „Cäsarenwahn“ bezichtigten.

Geradezu kindlich anmutende Zahlenbeispiele über die Wirkungen der Steuern sollen die Aufregung des Börsenblattes verständlicher erscheinen lassen. In der Zeit, wo die von ihren Lesern gehämsterten Dollars je 3,5 Millionen Mark kosten, beschwert sich die „Börsenzeitung“ darüber, daß ein „kleiner Geschäftsmann“, der im letzten Jahre 5800 Goldmark verdient hat, jetzt auf einmal ganze 167 Goldmark Steuern im voraus zahlen soll. Der arme Geschäftsmann hat ja im letzten Jahre „nur“ 2 1/2 Milliarden (Papier-) Mark verdient und soll jetzt die Summe von 148,8 Millionen Mark zahlen.

Den „Bankiers“, als deren Sprachrohr die „Börsenzeitung“ auftritt, scheint wirklich ob ihrer Gottähnlichkeit bange gemorden zu sein. Anders ist das hysterische Geschrei nicht zu verstehen, das aus dem Börsenteil der „Börsenzeitung“ klingt:

Eine ungeheure Flut von Börsen wäre die unmittelbare Folge: rapider Sturz aller Papiere, noch größere Geldknappheit als bisher, Niedergang der gesamten Industrie, kurz, ein vollständiger Zusammenbruch Deutschlands, nicht aus außenpolitischen Gründen, sondern von innen heraus dürfen sich als letzte Folgen des steuerlichen Wahnsinns ergeben. Die Schließung unzähliger Betriebe, eine allgemeine Arbeitslosigkeit sind in unmittelbare Nähe gerückt.

Ein blutiger Feind könnte nicht ruhloser handeln als der Reichsfinanzminister — es fehlen nur die Beschränke, die den Bürgern an die Haustüren gehängt und im gegebenen Moment angezündet werden!

Man versteht daher die Jubelrufen des „Borwäris“ über die endlich ergriffenen einschneidenden Maßnahmen! Er kann allerdings zufrieden sein. Die gänzliche Vernichtung des deutschen Kapitals ist auf friedlichem Wege, auf dem einer Reichstagsabstimmung durchgeführt. Du hast's erreicht, Octavio!

Man beachte wohl: Die Sozialdemokratie ist schuld! Von Kommunisten keine Spur. Auch nicht von Helferich, der ausdrücklich das Verdienst an diesen Steuererlassen für die Deutschnationalen in Anspruch nahm. Nur die Sozialdemokraten sind diejenigen, die das Kapital vernichten!

Wir müssen in aller Bescheidenheit erst abwarten, ob die Steuererlasse den erstrebten Erfolg zeitigen werden. Aber da wir voraussehen, daß die „Bankierkreise“, von denen die „Börsenzeitung“ in einem unbewachten Augenblick sprach, daß die einflußreichsten Kapitalbesitzer versuchen werden, auch diese Steuererlasse zu durchlöchern, wie bisher alle anderen — so wird es allerdings eine Ehrenpflicht der Sozialdemokratie sein, dafür zu sorgen, daß die Herrschast nicht mehr durch die Raschenschlüpfe können. Sie mögen über die Sozialdemokratie schelten, wenn sie nur ihre Aufmerksamkeit fürchten und vor allem dem Reiche geben, was des Reiches ist!

Landwirte, liefert Lebensmittel!

Ein Aufruf des Reichslandbundes.

Nach einer Besprechung mit dem Reichslandwirtschaftsminister richtete der Reichslandbund folgende Aufforderung an seine Mitglieder:

Die natürlichen Märkte in allen Teilen Deutschlands müssen sofort in erheblich gesteigertem Maße mit Kartoffeln und Vieh besetzt werden. Landwirte, tut wie stets, so auch jetzt, eure Pflicht an Stadt und Volk! Ihr durchkreuzt damit auch das Spiel der kommunistischen Umstürzler, die den Hunger der Frauen und Kinder nur für ihre verbrecherischen Pläne mißbrauchen. Durchkreuzt auch die Absichten Poincarés, der in deutscher Hungersnot einen neuen Verbündeten sieht! Auf den deutschen Bauern und ihrer Pflichterfüllung ruht in diesen Tagen der Staat und seine Zukunft.

Spannung im Ruhrgebiet.

Elberfeld, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet ist im allgemeinen so, daß nur die schnellste Zufuhr von Lebensmitteln eine Entspannung bringen kann. In eigentlichen Herzen des Gebietes, in den Gelsenkirchener, Bochumer und Recklinghauser Revieren sind Lebensmittel so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Die Geschäfte haben geschlossen und überall Schieber angebracht: Ausverkauft! In Gelsenkirchen hat am Sonntag nur eine Restauration Mahlzeiten verabreicht, und diese zum Preise von 800 000 M. für die Portion. Dazu kommt der Mangel an Zahlungsmitteln. Im Revier Recklinghausen üben die Bergarbeiter, soweit sie nicht streiken, passive Resistenz, um die Auszahlung der fälligen Löhne zu erzwingen. Im allgemeinen ruhe die Arbeit fast völlig, auch die Verrichtungsarbeiten sind eingestellt. Der Zustand ist äußerst gefährlich, die Krise wird insbesondere dann eintreten, wenn die Arbeiterschaft Geld in die Hand bekommt und keine Lebensmittel kaufen kann. Die Versorgung mit Massenkonsumartikeln, vor allem Kartoffeln und Fett, ist dringend geboten.

In diesen Orten des Ruhrgebietes ist es in den letzten Tagen zu Unruhen gekommen. Die Vorgänge in Recklinghausen haben drei Tote und mehrere Verwundete erfordert. Am Dortmund Revier kam es zu Plünderungen in Bramberg und zu Zusammenstößen in der Stadt Dortmund selbst. Weitere Plünderungen fanden in Recklinghausen, Hüls und Bottrop statt. In Recklinghausen-Süd wurde das große Warenhaus Gebr. Sternberg völlig ausgeplündert. In Hüls wurde bei dem Plündern eine Verkäuferin so mißhandelt, daß sie starb. Die Bewegung ist scheinbar von zentraler Stelle aus geleitet, was aus gewissen parallelen Erscheinungen hervorgeht. So wurden z. B. auf sämtlichen Kohlenkästen im Dortmund Revier, in Recklinghausen und auf den Stinneschen Zechen in Gelsenkirchen weitläufig schiffbare Galgen errichtet, an denen Puppen hängen mit der Aufschrift „Stinnes“ oder „Cuno“. In Recklinghausen versuchte die Gelsenkirchener blaue Polizei, diese Galgen vom Marktplatz zu entfernen. Sie wurde zurückgeschlagen, wobei ein Polizeibeamter getötet wurde. Später rüdten 150 Polizeibeamte aus Essen an, die sich behaupteten. In Gelsenkirchen kam es in den letzten Tagen zu Zusammenstößen und Schlägereien zwischen der Bevölkerung und der blauen Polizei. Dabei ging die Polizei mit blanker Waffe vor. Es soll drei Tote und über 100 Schwerverletzte gegeben haben.

Das Geschäft über alles.

Elberfeld, 13. August. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag nachmittag wurde nach einem Gespräch mit dem Regierungspräsidenten Dr. Gräßner im Barmer Rathaus der bekannte Düsseldorf Großindustrieller Max Fall, Leiter des Reichshandelskongresses, unter dem Verdacht der Feindbegünstigung verhaftet. Fall hat von den Franzosen beschlagnahmte Waren aufgekauft, die Ausfuhrsteuer bezahlt und nach dem Auslande und dem Inlande weiterverkauft. Sein Helfershelfer war der Serbe Lanowitsch. Fall leugnet eine Verbindung mit den Geschäften des Serben. Es steht über Fall, daß Fall die Warenkäufe des Lanowitsch finanziert und ihm beim Transport der Waren behilflich war. Die Angelegenheit bekommt dadurch ein besonderes Interesse, daß der Deutschnationalist von den Reichshandelskongressen angehört.

Parteifunktionäre und Regierungsbildung.

Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre von Groß-Berlin, die gestern abend im großen Saal des Lehrervereinshauses stattfand, war so stark besucht, daß lange vor Beginn alle Plätze besetzt waren und die Tische hinausgeschafft werden mußten. Auf der Tagesordnung stand Stellungnahme zur gegenwärtigen politischen Lage. Als Referenten waren erschienen Genosse Otto Wels und Genosse Dr. Paul Herx. Ein Geschäftsordnungsantrag forderte, daß neben einem Anhängen des Gedankens der großen Koalition auch ein Gegner als Referent zugelassen und die Dauer jedes Referats auf eine halbe Stunde beschränkt werde. Die Referenten sagten zu, sich kurz zu fassen, so daß der zweite Teil des Antrags zurückgezogen werden konnte. Beschlossen wurde, daß in der Diskussion einem Gegner die Redezeit der Referenten zugestimmt werden soll.

Genosse Otto Wels,

mit stürmischem Beifall begrüßt, nahm als erster Referent das Wort und führte etwa aus: Ich fühle mich nicht zu den Anhängern der großen Koalition (Hört, hört!), sondern habe sie verhindert, solange es möglich war. (Zuruf: Auch in Preußen?) In den Bundesstaaten handelt es sich hauptsächlich um Fragen der Verwaltung, im Reichstag aber handelt es sich um Fragen der Reichspolitik, auch der äußeren Politik. Noch heute erkläre ich, kein Verlangen der bürgerlichen Parteien wäre stark genug gewesen, die Sozialdemokratie von ihrer Stellung zur großen Koalition abzubringen, wenn nicht elementare Ereignisse dazu gezwungen

hätten. Als im vorigen Jahre der Kanzler Wirth die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung verlangte, war für uns eine Zusammenarbeit mit ihm nicht möglich. Dann kam die Regierung Cuno, von der erwartet wurde, daß die Industrie ihr mit offenen Armen gegenüberstehen würde. Das Verhalten der Schwerindustrie hat bewiesen, daß es für sie nur Raffgier und Habgier gibt und sie um der eigenen Interessen willen das Interesse des Vaterlandes mit Füßen tritt. (Zustimmung.) Nur ein Mittel wurde in dem Ruhrkampf angewandt, die Fabrikation von Papiergeld, und zu den Kriegsgewinnern kamen die Ruhrkampfgewinnler. Die Senkung der Mark führte zu einer Geldwelle, die wir alle kennen. Mit unzulänglichen Mitteln wurde ihr entgegengetreten, und immer tiefer sank die Mark. Das kommt auf das Schuldkonto der Regierung. Die gewaltigsten Anstrengungen hätten gemacht werden müssen angesichts der entstandenen Katastrophe an der Ruhr. Es besteht kein Zweifel, daß die Ruhrbelegung vertragswidrig war und daß

Frankreich eine Gebietsvergrößerung bis zum Rhein anstrebt, die es durch den Versailler Frieden nicht erreichte. Der Kampf an der Ruhr ist eine Belastungsprobe für das ganze deutsche Volk. Besonders die Arbeiterschaft hat die Lasten zu tragen.

Die Entwicklung ging ihren unheilvollen Weg. Die Banknotenfabrication konnte mit dem Marksturz nicht Schritt halten. Trotz der Vorgänge in Rußland und in Oesterreich ließ die Regierung es dazu kommen. Sie hätte mit Mitteln der Industrie diese ganze Katastrophe vom deutschen Volk fernhalten können. Wir wissen, daß jetzt auch der schärfste Finanzminister nicht mehr den früheren Dollarsland, wie er vor dem Frieden war, zurückbringen kann. Mit Zustimmung der ganzen Partei haben wir abgelehnt, die Regierung Cuno von der Verantwortung für ihre Ruhrpolitik zu befreien. Wir wollten die sozialdemokratische Partei nicht belasten mit einer neuen Dolchstoßlegende. Bis in die allerletzten Tage hinein hielten wir daran fest. Was wäre die Folge eines Vertrauensverhältnisses der Fraktion zur Partei gewesen? In Dußenden von Telegrammen sagten uns Parteigenossen: Es kann nicht länger so bleiben! Darum haben wir am Sonnabend uns nach schweren Ringen zu unserem Schritt entschlossen. Ich selber habe schwer mit mir gerungen, denn all mein Gefühl gilt der Arbeiterschaft. (Zuruf: Na, na! Ruhe! Unerhört!) Ich stehe seit meinem 18. Lebensjahre in der Arbeiterbewegung und habe geglaubt, daß ich für die Arbeiterklasse in kritischen Situationen mein Leben einzusetzen bereit bin. (Stürmischer Beifall.) Wir haben unsere Finanzforderungen durch-

geführt, so daß die Steuerabgabe künftig verhindert wird. Wir haben Erstattung der Sachwerte, Belastung des Grundbesitzes, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft erreicht. Glauben Sie, wenn die Sozialdemokratie sich nicht an der Regierung beteiligt, die Durchführung dieser Forderungen möglich wäre? Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie der Regierung Cuno den parlamentarischen Boden unter den Füßen weggezogen hat, diese Regierung zum Sturz gebracht. Seit November vorigen Jahres haben die bürgerlichen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen. Zentrum und Demokraten wollen nicht mit der Sozialdemokratie allein eine Regierung bilden. Bei unserer Weigerung wären sie noch rechts gedrängt worden und wir hätten eine von den Deutschnationalen beeinflusste Regierung bekommen. Oder die kommunistische Arbeiter- und Bauernregierung? (Heiterkeit.) In Rußland hat man gesehen, daß sie nicht möglich ist. Die Hilfe des Auslandes, dessen Kredite wir brauchen, würde uns dann verlagert. (Zustimmung.) Das brächte mit schwerster Wirtschaftsnote auch den Zerfall des Reiches durch Abtrennung Bayerns.

Die Arbeiterregierung bringt uns die Erlösung nicht. Auch nicht die Hilfe Rußlands. Beteiligte sich die Sozialdemokratie nicht an der Regierung, was könnte dann in Deutschland das Chaos verhindern? Das Ende wäre die Reaktion. Wenn wir die Regierung nicht übernehmen, hätten wir in vierzehn Tagen das Chaos und — die Diktatur des Säbels. (Beifallige Zustimmung.) Mit dem Ruf zum Generalstreik wird kein Brot geschaffen. (Sehr richtig!) In der vergangenen Nacht ist ein Sturm auf die Reichsdruckerei verübt worden, um die Beschaffung von Zahlungsmitteln zu hindern. (Wenigstens sehr richtig!) Ich weiß nicht, wie weit das Zusammenarbeiten zwischen Hafenkrieg und Sowjetern schon gediehen ist. Aber wir haben uns mit allen Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen. (Zustimmung.) Was die Kommunisten wollen, hat Koenen in Halle offen gesagt. Uns bleibt keine andere Wahl als die, uns der großen Verantwortung zu unterziehen und alle sich auf unser Finanzprogramm verpflichtenden Parteien zu einer großen Koalition zusammenzubinden. Es gilt, das Schiff durch den Sturm zu bewahren. Nur dann werden Sie die Stellung der Sozialdemokratie in der großen Koalition stärken, wenn Sie uns in unserer Arbeit unterstützen. Ich selbst habe diese Koalition lange abgelehnt, aber wir standen vor dem Chaos und mußten das deutsche Volk vor dem Sturz in das Chaos bewahren. Strengste und schärfste Kritik soll von Ihnen geübt werden, aber Kritik im brüderlichen Sinne des Genossen. Wir haben heute den 10-jährigen Todestag unseres Genossen Bebel. (Die Versammlung erhebt sich.) Er ist von uns gegangen, hat sein Werk, das er liebte, für das er unendlich Schweres trug, uns hinterlassen. Und wie war er, der internationale Sozialist, ein glühender Deutscher! Er würde uns mahnen: Bewahrt euch die schwer erzwungene Einheit, laßt Brüderzwang nicht wieder euch entzweien! Schützt die Republik! Und die Republik war nie so in Gefahr wie in diesen Tagen. Darum im Namen Bebel's, haltet zusammen zum Aufbau der deutschen Republik und zum Wohl der deutschen Arbeiterschaft! (Stürmischer Beifall und Widerspruch.)

Genosse Dr. Paul Herx

führte als zweiter Referent aus: Die Unmöglichkeit, durch eine rein bürgerliche Regierung den Wiederaufbau zu erreichen, war uns klar, aber nicht der Masse des deutschen Volkes. Genosse Wels war

es, der beim Antritt der Regierung Cuno die programmatische Rede hielt — und alle seine Voraussagen sind eingetroffen. Wir haben es an Reichstagen zur Behebung der Notstände nicht fehlen lassen. In dem Plan des Genossen Robert Schmidt war eine wertbeständige Anleihe, die die Devisen herausholen und dem Bohn- und Gehaltsempfänger die Anlage der zur Anschaffung von Kleidung notwendigen Ersparnisse ermöglichen sollte. Dieser Plan wurde nicht ausgeführt! Haenlein erklärte, eine wertbeständige Anleihe mache die deutsche Mark kaputt! Die Zerrüttung der Finanzen durch hemmungslosen Notendruck ist die Ursache des Elends. Hier muß der Hebel angefaßt werden. Was wir zu tun hatten, mußte schnell wirken. Ich habe nicht geglaubt, daß es uns möglich sein werde, einen so großen Teil unserer Forderungen durchzusetzen. Monatslang hatten wir für sie geredet, jetzt haben wenige Tage genügt, sie durchzusetzen. (Zuruf: Ja.)

Jetzt hat die gesteigerte Aktivität der Massen uns unterstützt. (Zustimmung.) Alles hat die Zustimmung der Kommunisten gefunden. Sie haben keinen einzigen weitergehenden Antrag gestellt. Daß sie nicht einmal eine Kritik versucht haben, sollte doch zeigen, daß ein großer Schritt weiter getan worden ist. Genosse Herx ging dann die einzelnen Punkte durch, die aus dem „Vorwärts“ bekannt sind. Mit der Betriebssteuer für die Unternehmer

Wichtige Flugblattverbreitung!

Abholung heute ab 12 Uhr mittag im Bezirkssekretariat (Gen. Holz), Lindenstr. 3.

wird der Zustand befestigt, daß die Unternehmer den Lohnabzug der Arbeiter möglichst hoch haben wollten. Jetzt, wo sie das Doppelte zahlen müssen, haben sie daran kein Interesse mehr. Außer der verschärfte Steuererhebung haben wir die Aenderung der Reichsbankleitung verlangt. Das ist von uns zur Bedingung unserer Mitarbeit an der Regierung gemacht worden. (Beifall.) Zwei große Schuldige gibt es, Helfferich und Haenlein, die Deutschland ins Unglück geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die tiefenhafte Anischnung der Konjunktur ist Haenleins Schuld.

Die neuen Reichen sind durch ihn reich geworden. Unser seit Jahren geführter Kampf gegen Haenlein wird jetzt in seiner Bedeutung erkannt. Heft Haenlein nicht unter dem moralischen Druck, so müssen wir das Gesetz über die Reichsbankautonomie ändern. Die Stützungsaktion soll nicht mehr mit dem Gold der Reichsbank, sondern mit den Devisenbeständen der deutschen Wirtschaft gemacht werden. (Beifall.) Ob wir die Erstattung der Sachwerte erreichen werden, bezweifelt mancher. Aber die Massenbewegung trägt Kraft in sich und wird ihre Früchte tragen. Die bürgerliche Klasse sieht, daß die Arbeiterschaft nicht länger mit sich spielen läßt. Wenn Sie nicht erlösen, dann werden wir unter Ziel erreichen. (Lebhafte Zustimmung.) Die von uns erreichten Erfolge bedeuten einen großen Schritt nach vorwärts. Sie schaffen eine Atempause, in der wir an die weitergehenden Reformen herangehen können. Wir gehen in die Regierung auf Grund fertiger gesetzgeberischer Vorlagen, nicht mit leeren Versprechungen. Alle unsere Anstrengungen der letzten Wochen wären vergeblich, wenn wir nicht die Ausführung selber in die Hand nähmen. Ohne daß uns aber das Finanzministerium zugesprochen wurde, wäre für uns eine Beteiligung an der Regierung unmöglich gewesen. Gewiß ist auch das Wirtschaftsministerium wichtig, aber die Entscheidung liegt zurzeit bei der Währungsfrage. Darum sehen wir an die Spitze des Finanzministeriums den Genossen, dem selbst seine schärfsten Gegner die Sachlichkeit nicht abstreiten. In Angriffen wird es unserem Genossen Hilferding ja nicht fehlen, auch nicht unter den Genossen. Zur Durchführung unserer Forderungen bedarf es der energischen starken Faust. Durchgesetzt haben wir auch das Sozialrenten- und Erwerbslosenunterstützungen sich automatisch der Geldwertverwertung anpassen. Aber so hoch ich das Erreichte einschätze, niemand soll sich der Täuschung hingeben, daß uns das Erreichte schon Erlösung bringe. Manche Genossen werden das Gefühl nicht los werden, daß der neue Schritt, die

Beteiligung an der großen Koalition, auch Gefahren in sich schließt. Aber wir haben doch Erfahrungen in Preußen. Genosse Seewering hat es verstanden, auch in der großen Koalition sich durchzusetzen. Die scheidende Regierung hat Anweisung gegeben, daß Polizei und Militär sich am heutigen Montag demontieren in Massen auf den Straßen zeigen sollten. Genosse Seewering hat diese Anweisung zerrissen. (Stürmischer Beifall.) Unser Schritt, schloß der Referent, ist keine Schwächung der Partei. Wir haben getan was wir konnten. Wir verlangen aber jetzt von Ihnen, daß Sie es ebenfalls tun. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Diskussion forderte in einem Antrag zur Geschäftsordnung Genosse Treptow, daß die zurzeit in Berlin herrschenden Zustände und der gegen Führer der Gewerkschaften geübte Terror zur Sprache gebracht werden. Genosse Schlegel erwiderte, das könne im Rahmen der Diskussion geschehen.

In der Diskussion sprach zunächst Genosse Franz Künstler: Die durch den Streit um die Frage der großen Koalition wachgerufene Hoffnung der Kommunisten auf Spaltung unserer Partei ist zerschellt. Diese Hoffnung sollen sie begraben! (Stürmischer Beifall.) Auch den Generalstreik lehnen wir ab. Das ist kein Mittel, die jetzige Katastrophe der Arbeiter zu bessern. Wir lehnen eine Gemeinschaft mit Leuten ab, die zu Gewaltmitteln gegen Arbeiterführer greifen. (Hui-Rufe.) Genosse Ulrich, den die Kommunisten überfallen haben, liegt im Krankenhaus. (Stürmischer Beifall.) Zur Frage der großen Koalition führte Künstler aus: Das jetzige Finanzelend sei nicht allein der Regierung Cuno aufs Konto zu legen, sie sei die Folge der Unfähigkeit und Unfähigkeit aller früheren Regierungen. Er glaube auch nicht, daß in der großen Koalition unsere Forderungen sämtlich durchgeführt werden. Die bürgerlichen Parteien haben ihre Zugeständnisse nur gemacht, weil die Wellen der Volkserregung in das Reichstagsgebäude hineinschlugen. (Zustimmung.) Auch 1918 hat man aus Angst alles Mögliche versprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn unsere Genossen in die Regierung eintreten und dann alle kapitalistischen Kräfte gegen sie ausgespielt werden, werden unsere Genossen für die Fehler verantwortlich gemacht werden. (Zustimmung.) Das wäre eine Schwächung nicht nur der Partei, sondern auch der Republik. Reichswirtschaftsminister Behler soll sogar in dieser Regierung bleiben. Eine Koalition mit Herrn Behler ist unmöglich. (Zustimmung.) Wenn diese Forderung der Sozialdemokratie schon nicht erfüllt werden kann, wie soll es dann erst mit den anderen Forderungen ausfallen!

Die Große Koalition ist ein Experiment. Ich will nicht, daß wir zum Alibi für Sünden bürgerlicher Parteien werden. Wird die Dystreidigkeit der bürgerlichen Klasse gegenüber der großen Koalition größer sein als gegenüber der Regierung Cuno? Die Republik und ihre Politik hat seit 1918 nicht vermisst, die Arbeiterschaft immer stärker zu fesseln. Wir müssen in schärfstem Kampf gegen die bürgerlichen Parteien unsere Forderungen durchzusetzen suchen. (Beifall.) Im Schreiben werden wir nie den Beitritt mit den Kommunisten ausschalten. Aber durch unsere Politik müssen wir die irregulären Massen zurückgewinnen. Glaubt ihr, daß eine Koalition mit Behler für die Sozialdemokratie tragbar ist? (Hui-Rufe.) Eine Minderheit der Fraktion hat die Koalition abgelehnt. Sie ist der Meinung,

daß so nur Verwirrung gestiftet und die Parteienpolitik untergraben wird. Die Gegner der großen Koalition verwahren sich aber dagegen, daß sie auf eine neue Zersplitterung der Partei hinarbeiten. Ich war einer der Eifrigsten in der Arbeit für die Einigung der Partei. Hoffen wir, daß die Erwartungen der Befürworter der großen Koalition sich erfüllen. Aber ich glaube, daß die Tatsachen mächtiger als alle papiernen Abmachungen sein werden. Und dann gilt es, wachsam und auf dem Posten zu sein und unsere Schuldigkeit zu tun. (Starker Beifall.)

Genosse Cohanen wies auf den Einfluß des reaktionären Beamtenums hin. Bei jeder Koalition seien wir an die Wand gedrückt worden. — Genosse Wulfsch ist erfreut über das Erreichte, hält aber die Koalition für nötig. Er erinnerte daran, daß die Erzbergerische Steuerreform die Steuerlast möglichst gemacht hat. Es kommt darauf an, welche Männer wir in die große Koalition hineinleiten. Die alte Bureaucratie hemmt die besten Absichten. Gegen sie muß fest zugegriffen werden. Auch bei der Säuhpolizei sind die Offiziere größtenteils Reaktionäre. Wenn wir die richtigen Männer in die Regierung senden, werden wir unsere Forderungen durchsetzen. Und dann wird es auch mit dem Treiben der Kommunisten ein Ende haben. Das Vertrauen der Arbeiterschaft ist erschüttert nicht wegen der Koalition, sondern weil man glaubte, daß die Fraktion nicht immer energisch genug aufgetreten sei. Tut sie das, so wird sie das Vertrauen der Arbeiterschaft behalten. — Genosse Franke glaubt nicht, daß Bebel diese Koalition gebilligt hätte. Fehler sei ihr Todesfeind. Diese große Koalition bedeute eine große Gefahr für die Partei. (Zustimmung und Wärm.) Redner hält die Resolution, die eine Billigung der großen Koalition enthält, für unannehmbar. Er empfiehlt eine gegen die Koalition gerichtete Resolution. (Beifall.)

Folgende

Entschließung

wurde gegen eine starke Minderheit angenommen:

Die Konferenz der Groß-Berliner Funktionäre am 13. August 1923 billigt den Sturz Cunos, dessen Regierungszeit dem deutschen Volk unheilvoll geworden ist. Das schändliche Ende dieser reinbürgerlichen Regierung hat bewiesen, daß die von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei seit jeder geforderte Finanz- und Wirtschaftspolitik, insbesondere die Erstattung der Sachwerte, allein geeignet ist, die deutsche Arbeiterschaft vor Not und das Deutsche Reich vor dem Untergang zu bewahren. Sie erkennt an, daß die Steuerreform, die die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei gefordert hat, ein erster Schritt auf dem Wege zur Besserung der Reichsfinanzen und damit zur Bekämpfung der Inflation und der Aenderung der entsetzlichen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft ist. Es ist ein großer Erfolg der Reichstagsfraktion, daß es gelungen ist, ihre Vorschläge mit Zustimmung sämtlicher Parteien, eingeschlossen der Kommunisten, gesetzlich festzulegen. Dieser Erfolg kann aber nur zu einer wirklichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands führen, wenn diesem ersten Schritt der sofortige und energische Umbau der gesamten Steuererhebung folgt. Sie herbeizuführen ist Aufgabe der neuen Regierung, die sofort das folgende Programm verwirklichen muß:

Energische Durchführung der beschlossenen Finanzmaßnahmen. Durchgreifende Finanzreform auf Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft mit garantierter Belastung ihrer Sachwerte.

Währungsreform: Schleunige Eindämmung der Inflation, Goldkredite, Vorbereitung der Goldwährung.

Wertbeständige Löhne; wertbeständige, hinreichend erhöhte Sozialrenten und Erwerbslosenunterstützungen.

Lösung der Reichswehr vor allen illegalen Organisationen. Außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage unter voller Wahrung der Einheit der Nation und der Souveränität der deutschen Republik.

Die Funktionäre verlangen, daß die neuen sozialdemokratischen Minister und die Reichstagsfraktion mit aller Energie und ohne irgendwelches Nachgeben darauf bestehen, daß das vorstehende Programm der Fraktion sofort restlos durchgeführt wird, und daß die Verwaltung, die unter Cuno wieder in vorrevolutionäre Bahnen gelenkt worden ist, endlich demokratisiert wird. Andernfalls ist die jetzige Koalition für die Partei nicht tragbar.

Die Aufnahme der britischen Note.

Fast allgemeine Zustimmung in England.

London, 13. August. (Ill.) „Westminster Gazette“ überschreibt ihren Leitartikel „Endlich eine deutliche Sprache“ und führt aus, wenn die Bedeutung der Note an Frankreich nicht klar erkannt werde, so könne die Antwort Cursons der Beginn neuer Gruppierungen in der Weltpolitik sein. Das liberale Blatt nimmt an, daß der britischen Regierung klar die Art von Separation vorschwebt, die sie andeutet, und schließt: Wir sind an einem Punkt angelangt, wo es für uns keine Umkehr gibt.

„Daily Telegraph“ schreibt, aus dem Schlußsatz der britischen Note gehe hervor, daß sich die britische Regierung klar die Notwendigkeit „separater Aktion“ vergegenwärtigt und daß sie vor dieser Aussicht nicht zurückschrecke, falls ihre Note vom 11. August keine günstigere Aufnahme in Paris und Brüssel finde als die vom 20. Juli. Die Regierung habe ihre Wahl getroffen und werde bereit sein, dazu zu stehen.

„Daily News“ begrüßt die deutliche Sprache der britischen Regierung und schließt, die Einmütigkeit, mit der die letzte Note an Frankreich und Belgien, wie berichtet wurde, von dem britischen Kabinett angenommen worden sei, werde ihr Gegenstück in ihrer Aufnahme durch die britische Nation finden. Die Engländer würden niemals davon geträumt haben, diesen Ton gegenüber Frankreich zu gebrauchen, wenn sie nicht unbedingt von Frankreich selbst dazu getrieben worden wären. Weiter schreibt „Daily News“, Frankreich könne versichert sein, daß der Premierminister, der die Erklärung einer möglichen Separation aufhief, die Unterfertigung seines Kabinetts habe und die Unterfertigung der Nation haben werde.

Wie zu erwarten war, wirt „Daily Mail“ der britischen Regierung vor, die Äußerungen vorläufig auseinandergebracht und ein neues und dunkles Kapitel in der europäischen Geschichte eröffnen zu haben. Die Folgen der englischen Politik könne niemand voraussehen. Das Blatt gibt seiner Befürchtung Ausdruck, daß der Bruch mit Frankreich endgültig und unumkehrbar sein werde, wenn die britische Nation keinen Druck auf die britische Regierung ausübe.

Letzte Nachrichten.

Weitere Verhaftungen.

Im Laufe des Montag nachmittags sind in Berlin eine Reihe weiterer Festnahmen durch die Säuhpolizei erfolgt. Es handelt sich hierbei meist um Streikende, welche gewalttätig in industrielle Betriebe eindringen, um die Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern. Die Festgenommenen wurden von der politischen Polizei eingehenden Vernehmungen unterzogen. Die Gesamtzahl der am Sonntag und Montag bisher Verhafteten und Festgenommenen belief sich auf annähernd 100, die zum größten Teil dem Gericht vorgeführt werden, um sich hier wegen Landfriedensbruches und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten.

Der Lössenstreik ist vom Deutschen Lössenbund mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage abgebrochen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen den kommunistischen Terror.

Die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden organisierten Arbeiter und Angestellten müssen es ablehnen, den über ihre Köpfe hinweg von der kommunistischen Betriebsrätezentrale beschlossenen „Generalfreist.“ sich aufzwingen zu lassen.

Da die den Kommunisten fehlende Beteiligung mit Gewalt erzwungen werden soll, hat die Schutzpolizei dafür Sorge getragen, daß heute die Diktatur der SPD-Zentrale gegen die ihrer Arbeit nachgehenden Arbeitnehmer verhindert wird. Insbesondere die städtischen Betriebe, wie auch die Industriebetriebe, die gestern von den Stoktrupps und Sprengkräften belästigt wurden, sollen den nötigen Schutz erhalten.

Wir leben die Schutzpolizei bei Streiks gewiß nicht gern. Wenn jedoch ein Gewerkschaftsführer am helllichten Tage auf offener Straße seines Lebens nicht mehr sicher ist, wenn eine Minderheit sich anmaßt, ihre Generalfreistparole der großen Mehrzahl der Arbeitnehmer mit Faustgewalt aufzuzwingen, müssen wir uns den polizeilichen Schutz wohl oder übel gefallen lassen. Daß es soweit kommen muß, ist die Schuld der Moskauer, die im Faustkampf gegen ihre Arbeitsbrüder geübt sind, als im Lohnkampf gegen das Unternehmertum.

Kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre.

Uns wird berichtet: In der gestrigen Funktionärsitzung forderte der Branchenleiter Czerny gemäß dem Abstimmungsresultat der Buchdrucker, Glaserarbeiter und Buchbinder-Funktionäre die Streikenden auf, so geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen, wie die Betriebe verlassen wurden.

Czerny Parteigenosse, der kommunistische Gewerkschaftsangehörige im Buchbinderverband, Otto Gabel, forderte im Gegenzug auf Czerny auf, die Personals zum Generalfreist aufzurufen.

Aus der Erklärung des Genossen Kaspar in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ geht bereits deutlich hervor, daß Gabel nicht als Beauftragter seiner gewerkschaftlichen Organisation gehandelt, sondern seine Stellung als Gewerkschaftsangehöriger mißbraucht hat, um als kommunistisches Parteimitglied die Generalfreistparole zu propagieren.

Außer Gabel fand sich noch je ein Funktionär der Kupfer-schmiede (Schöber), der Schuhmacher (Hörh), der Dachdecker (Rarr) der Zimmerer, (Rapschläger), der Lederarbeiter (Fäger), der Tabakarbeiter (Armbrust) und der Glasarbeiter (Hartmann), die ihren Vorgesetzten in der Gewerkschaftsbewegung mißtrauten, um durch ihre Unterschrift zu einem Generalfreistflugblatt den Anschein zu erwecken, als ständen ihre Mitgliedschaften hinter dem Generalfreist. Im zweiten Satz dieses Flugblattes ist die fauchende Lüge enthalten, die Berliner Arbeiter- und Angestelltenchaft stehe einseitlich hinter dem kommunistischen Generalfreistbescheid.

Die Berliner Arbeiter- und Angestelltenchaft sagt sich vielmehr — um im Stile des Flugblattes zu reden —: „Wir spielen dieses alberne Spiel nicht!“

Reichsdruckerei gegen Generalfreist.

Die Vertrauensmännerung der Reichsdruckerei nahm gestern normittig Stellung zu der kommunistischen Generalfreistparole. Nachdem man schon am Sonnabend von den Kommunisten im Bereiche einem Teil der Vertrauensleute auseinandergesetzt wurde, daß die Reichsdruckerei sich unbedingt am Generalfreist zu beteiligen habe, zog man sich gestern auf die Annahme einer Resolution zurück, die neben einer Sympathieerklärung für die Streikenden der kommunistischen Streikleitung die Blankovollmacht erteilen sollte, zu jeder beliebigen Zeit die Teilnahme der Reichsdruckerei an dem Generalfreist zu proklamieren. Von Vertretern der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung wurde demgegenüber ausgeführt, daß für sie keine Beteiligung an diesem Generalfreist in Betracht komme.

Nur die Anweisungen der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortsrates des IFA-Bundes werden befolgt, nicht aber die willkürliche und einseitig politisch eingestellten Parolen des kommunistischen sogenannten 15er-Ausschusses. Sollte trotzdem versucht werden, den Generalfreist in der Reichsdruckerei durchzuführen, so werden ihre Anhänger alles aufwenden, um die Arbeit nicht ruhen zu lassen. Auch die Annahme der eingebrachten Resolution könne nicht in Betracht gezogen werden, weil sie in benämelter Form die Teilnahme an dem Generalfreist in sich birgt. Als darauf von kommunistischer Seite versucht wurde, durch Einbringung eines Antrages für Abhaltung einer Betriebsversammlung während der Frühstückspause auf dem Hofe einen weiteren Versuch zur Beteiligung an dem Generalfreist herbeizuführen, verließen die Vertrauensleute Amsterdamer Richtung die Vertrauensmännerung.

Dieser Ausgang, der den Kommunisten ihre Disposition erteilte, gab ihnen nun Verantwortung, allein die Versammlung einzuberufen, die dann auch stattgefunden hat. Von 8000 im Betrieb Beschäftigten nahmen ungefähr 700 Personen an ihr teil. 500 stimmten für die dort ebenfalls eingebrachte, oben näher bezeichnete Resolution; die übrigen Teilnehmer enthielten sich der Abstimmung. Auch ein kommunistischer Erfolg!

Berliner Metallarbeiterlöhne.

Das bisher geltende Lohnabkommen wird für die Zeit vom 6. bis 12. August unter folgenden Bedingungen verlängert: 1. Die Stundenlöhne werden erhöht in Klasse I um 187 500, in Klasse II um 183 500 und in Klasse III um 122 500 M., so daß die Tariflöhne betragen: in Klasse I 207 000 M., Klasse II 200 000 M., Klasse III 184 000 M. pro Stunde. 2. Die Akkordpreise werden um 200 Proz. erhöht.

Bredow.

Dr. Rudolf Goerig.

Unsere werten Inserenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Bei anderer Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

Arbeitsaufnahme der Siemens-Werke.

Der Siemens-Konzern hat an seine Arbeitnehmer folgende Bekanntmachung gerichtet:

„Wir wollen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht noch durch weiteren Lohnausfall vergrößern. Deshalb sind die Betriebe wieder geöffnet.“

Die Wiedereinstellungen beginnen sofort. Durch Arbeitsverweigerung kann der Kostendruck nicht behoben werden.

An diejenigen, die arbeiten, wird am Dienstag eine weitere Abschlagszahlung geleistet.

Heißt selbst mit Ordnung zu halten und den Betrieb zu regeln!“

Siemensstadt, 18. August 1928.

Siemens u. Halske Aktiengesellschaft
gez. Franke. gez. Pfeil.

Siemens-Schubert-Werke
Gesellschaft mit beschr. Haftung
gez. Röttgen. gez. Durbenne.

Achtung, Zeugen gesucht!

Diesigen Genossen, die den Ueberfall auf den Genossen Urich am 18. August früh in der Quistenstraße Gelegenheit hatten zu beachten, werden gebeten, ihre Adresse Linienstraße 88/89 im Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abzugeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Erneute Lohnverhandlungen im Holzgewerbe.

Im Demobilisationsamt fanden gestern zwecks Anerkennung des im Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruches Verhandlungen statt, die nachliegendes Ergebnis brachten: Für die Lohnwoche vom 12. bis 18. August wird eine Zulage von 192 Proz. gewährt, so daß der Tariflohn 260 850 M. beträgt. Zu diesem Verhandlungsergebnis wird eine Funktionärsversammlung am Mittwoch Stellung nehmen. Die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes treten heute abend um 7 Uhr im Verbandshaus, Rungestraße, zu einer Besprechung zusammen.

Falscher Siegesbericht.

Bei den Delegiertenwahlen zur Verbandsgeneralversammlung der Textilarbeiter sollen die Kandidaten nach dem Siegesbericht der „Roten Fabrik“ große Erfolge erzielt haben. Aus Langenbielau i. Schlef. wurde berichtet, die Kandidaten der SPD seien gewählt und die Kandidaten der USPD, allen voran der Landtagsabgeordnete und Geschäftsführer Lang, seien unterlegen.

In Wirklichkeit sind die Kandidaten der USPD gewählt worden. Sie erhielten 2119 bis 2281 Stimmen, die Kommunisten dagegen nur 748 bis 788 Stimmen. Wir gönnen der SPD, noch mehr solcher Wahl-„Siege“.

Loften-Streit.

Wie uns der Loftenbund mitteilt, sind die Verhandlungen zwischen Regierung und Vertretern der Loften an der Hartnäckigkeit der Regierung gescheitert. Fast einstimmig haben die Loften beschlossen, die Arbeit ab Freitag abend 6 Uhr einzustellen. Der Aktionsausschuss erklärt, daß alle ihm angeschlossenen seemannischen Berufsverbände hinter den durchaus berechtigten Forderungen der Loften stehen. Er erwartet von den Seelsuten aller Chargen, daß sie strikteste Solidarität üben. Kein deutscher Seemann darf als Loise an Bord eines aufkommenden oder ausgehenden Schiffes gehen.

Die Arbeits einstellen ist von außerordentlicher Wirkung auf die gesamte Schiffsahrt und damit auf die deutsche Wirtschaft. Die Verantwortungen trage die Regierung, die alle Versuche der Vertreter der Loften, zu einer gütlichen Einigung zu kommen, vereitelt habe. Der Aktionsausschuss wolle die Regierung noch einmal

auf die Folgen hinweisen, da eine Störung der Schiffsahrt notgedrungen zur Arbeitslosigkeit aller Arbeiter führen muß, die an der Schiffsahrt beteiligt sind.

Alle dem Aktionsausschuss angeschlossenen seemannischen Berufsverbände versichern den kämpfenden Loften ihre strikteste Solidarität.

Am Sonnabend wurde im Einverständnis mit dem verfloffenen Reichsverkehrsministerium im Hamburger Hafen die Technische Rothilfe eingesetzt, ebenso in Bremen.

Achtung, Gewerkschaftsfunktionäre!

Die zu heute Dienstag, und morgen, Mittwoch, nach dem Gewerkschaftshaus und den Germaniasälen einberufenen Funktionärsversammlungen, die sich mit der Tagesordnung „Krankentassen und Kerkze“ befassen sollten, finden nicht statt. Sie werden später einberufen; Tag und Ort wird noch bekanntgegeben.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Heute mittag 12 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 25: Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich im Ausstand befinden. Bericht von den Lohnverhandlungen. Die Streikleitung.

Metallarbeiter-Verband, Walzwerk-Branche. Die heutige Kommissionsitzung und die Vertrauensmänner-Konferenz am 16. August finden nicht statt.

Im Auftrage: Die Branchenleitung.

Zur Verfarbeiterbewegung in Hamburg wird uns berichtet, daß die Firmen Blohm u. Noh, sowie die Vulkan-Werke ihre Betriebe am Montag wieder geöffnet haben und je 2 Millionen Worsuch für Verheiratete und 1 Million für Ledige heute ausgaben. Die Schiffswerfte und Maschinenfabrik von Janßen u. Schmilinsky dagegen machte bekannt, daß, weil die Verlegung ihres Betriebes Tollerort sich seit Donnerstag verzögerte, die Arbeit wieder aufzunehmen, sie sich gezwungen sieht, diesen Betrieb zu schließen und die gesamte Arbeiterchaft desselben zu entlassen.

Der Konflikt in der dänischen Metallindustrie hat dadurch eine Witterung erfahren, daß in den beiden nach vor dem Ausbruch des Konflikts zur Verfügung stehenden Tagen Vergleichsverhandlungen eingeleitet worden sind, die, wie die dänische Presse annimmt, von Erfolg gekrönt sein werden.

U.S.G. Brunnenstraße!

Heute vormittag 10 Uhr im Restaurant Krüger, Luftstr. 10, 11. Funktionärsversammlung aller Genossen unbedingt notwendig!

Achtung, U.S.G.-Genossen des II. Bezirks U.S.G. Heute 3 Uhr im Restaurant zur Post, Oberbaumstraße, Schillerpromenade, Konferenz aller U.S.G.-Funktionäre der Betriebe des II. Bezirks. Erscheinen aller unbedingt notwendig. Parteiausweis legitimiert. Der Funktionärsausschuss.

Achtung, Knorr-Genossen! Heute vormittag 11 Uhr im „Freihaus“, Rungestraße 10, Versammlung aller U.S.G.-Genossen. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen unbedingt Pflicht. Parteiausweis mitbringen. Der Funktionärsausschuss.

Bergmann-Rosenhof, Ost-Neinborst-Rosenhof. Heute vormittag 10 Uhr im Arbeiterwohnheim, Reinickendorfer-Str. 100, Versammlung aller U.S.G.-Genossen. Das Erscheinen aller ist unbedingt Pflicht. Parteiausweis mitbringen. Der Funktionärsausschuss.

Dorem A. Siedingstraße. Heute nachmittag 14 Uhr im Lokal von Winkler, Kolonnen, Siedingstraße, Funktionärsversammlung aller U.S.G.-Genossen. Bestimmtes Erscheinen erwartet der Funktionärsausschuss. S. A. 1. Freie!

Generalverband der Angestellten, Ertius Krankenlokal. Versammlung der Betriebsräte aller Krankenlokalen im Vereinbureau, Rommelparkstr. 66-64 II, heute nachmittag 4 Uhr. Betriebsratsausweis und Verbandskarte mitbringen. Sehr wichtige Tagesordnung. — Morgen nachmittag 4 Uhr im Zimmer 4 des Betriebsbureaus wichtiger Besprechungstermin der Fachgruppe Metall. — Den 11. August 1928, heute früh 7 Uhr sehr wichtige Betriebsversammlung auf der Reutherstr. Sehr wichtige Tagesordnung. — Firma C. Zwickhoff u. Co. Heute nachmittag 3 Uhr Betriebsversammlung bei Reibel, Charlottenburg, Solower 7-8, Sde. Angullos Straße. — U.S.G. Fachgruppe, Metall. (Zwickhoff, S. A. 1.) Morgen nachmittag 5 Uhr im „Koll“, unter Soel, Sitzung der Betriebsräte. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. — Deutscher Verarbeiterverband. Der Bezirksgruppenrat am 11. August hat beschlossen, daß der Ertrabeitrag von 60 000 M. für August August sofort von den Vertrauensleuten einzulösen ist. Jeder Vertrauensmann hat sofort in den Vertrauensleuten einzulösen und die Seiden an die Geschäftshäuser, Berlin, seinen Betriebe zu liefern und die Seiden an die Geschäftshäuser, Berlin, Streulauer Straße 16, abzuliefern. Den Seiden ist entweder ein Bescheidnis der Mittelbernamen und Vertrauensmänner beizufügen oder es sind die Mitgliedsbücher mitzubringen. Geschäftshäuser Berlin.

Arbeitsmarkt für Politz: Siehe Schiff, Berlin; Wirtschaft: Erich Saltrams, Reichsdruckerei; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler, Berlin; Funktionäre: H. B. Schöler, Wilmersdorf; Kerkze und Sonstiges: Fritz Karzfeld, Wilmersdorf; Kerkze: H. B. Schöler, Berlin. Verlag: Reinhold-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reinhold-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Georg 1 Beilage.

Bergmanns Zahnpasta

Rosodont

die Sparsamkeit selbst
Seit 10 Jahren bewährt

Theater
Lichtspiele
u. v.

Deutsches Th.
7 1/2 Uhr:

Schneider Wibbel

Kammerspiele
7 1/2 Uhr. Die

Bühne der Pandora

Gr. Schauspielhaus
8 Uhr

Die Weber

Theater 1. d.
Königsplatz

Variété-Spielplan
Rauchen verbot!

Bockbränerei
Belle-Alliance

Erstklass. Kabarett
Anfang 8 Uhr

Volksbühne
7 1/2 Uhr:

Madame Butterfly.

Lessing-Th.
Singspiel der 1. und 2. Klasse

Prinzessin
Turandot

Deutsch Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr:

Der Günstling der Zarin

Große Volkoper
im Theater d. Westens

Die Fledermaus

Intimes Theater S.
Diplomat im Dienst

Metropol-Theater
8 Uhr: Die Schöne der Frauen

Neues Theater a. Zoo
8 1/2 Uhr: Der Leibkutscher

Süße Susi
11 Uhr: Die Luxustrau

Deut. Künstler-Th.
Max Adalbert

Die Jugend-
prinzessin

Musik v. Kurt Zorlig
Tägl. 7 1/2 Uhr

Th. a. Kottb. Tor
Tägl. 7 1/2 Uhr

ELITE-
Sänger

Im brillant
August-
Programm

Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr:

Die Entlassung

Reichsballen-
Theater

Tägl. 7 1/2 Uhr

Stett. Sänger.

Casino-Theater
8 Uhr. Die 8 Uhr.

neuen Reichen

Theater des Ostens
(Rose-Theater)

7 1/2 Uhr: Die Dame
mit der Maske

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:

Die Raschhoffs

Central-Theater
Gastspiel des

Schauspielers Th.
8 Uhr: Die Räuber

Granach, George.

Internat.
Variété

8 00 Das internationale
August-Programm

LUNAPARK
Ab 8 Uhr voller Betrieb

Um der herrschenden Zahlungsmittelnot nach Möglichkeit abzuhelfen, haben die unterzeichneten Banken und Bankiers gegenseitig Schecks auf einander gezogen in Beträgen von M. 500 000.—, M. 1 000 000.—, M. 5 000 000.— und M. 10 000 000.—.

Die Schecks sind als Ersatz für bares Geld bestimmt und werden von den unterzeichneten Banken in Zahlung genommen oder im Ueberweisungswege eingelöst. Eine Einlösung in Banknoten erfolgt, sobald die Reichsbank wieder in der Lage ist, die Ansprüche des Zahlungsverkehrs in vollem Umfange zu befriedigen.

Wir bitten die Berliner Geschäftswelt, diese Schecks an Zahlungstatt anzunehmen und sie bis zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit im Verkehr zu belassen.

Berlin, den 13. August 1928.

Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder
Commerz- und Privat-Bank Aktien-Gesellschaft
Darmstädter und Nationalbank K. a. A.
Deutsche Bank Direction der Disconto-Gesellschaft
Dresdner Bank Hardy & Co. G. m. b. H.
Mendelssohn & Co. Mitteldeutsche Creditbank

Verleih der Berliner Buch-
drucker und Schriftgießer

Am 10. August verstarb im 74 Lebensjahre nach längerem Leiden meine unvergessene Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Clara Brückner

geb. Burmeister, Einäscherung: Mitt-
woch, 13. August, nachmittags 1 Uhr,
im Anatomischen Baumgartenweg.
Requiem am 14. August abends 7 Uhr.
Wolfgang Brückner.

Gegen Brückner, Wally Brückner,
Geig Brückner, Amanda Kleinow,
geb. Brückner. 3180b

Bekanntmachung
Im Verlaufe unserer

Verwaltungsstelle Berlin S 54, Linienstraße 83/85
Geschäftszeitraum, 2 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833 bis 836
und 6992 bis 6990.

Die engere Verwaltungsf-
sitzung fällt heute aus.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Die engere Verwaltungsf-
sitzung fällt heute aus.

Am 10. August verstarb im 74 Lebensjahre nach längerem Leiden meine unvergessene Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Clara Brückner

geb. Burmeister, Einäscherung: Mitt-
woch, 13. August, nachmittags 1 Uhr,
im Anatomischen Baumgartenweg.
Requiem am 14. August abends 7 Uhr.
Wolfgang Brückner.

Gegen Brückner, Wally Brückner,
Geig Brückner, Amanda Kleinow,
geb. Brückner. 3180b

Bekanntmachung
Im Verlaufe unserer

Verwaltungsstelle Berlin S 54, Linienstraße 83/85
Geschäftszeitraum, 2 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833 bis 836
und 6992 bis 6990.

Die engere Verwaltungsf-
sitzung fällt heute aus.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Die engere Verwaltungsf-
sitzung fällt heute aus.

Am 10. August verstarb im 74 Lebensjahre nach längerem Leiden meine unvergessene Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Clara Brückner

geb. Burmeister, Einäscherung: Mitt-
woch, 13. August, nachmittags 1 Uhr,
im Anatomischen Baumgartenweg.
Requiem am 14. August abends 7 Uhr.
Wolfgang Brückner.

Gegen Brückner, Wally Brückner,
Geig Brückner, Amanda Kleinow,
geb. Brückner. 3180b

Bekanntmachung
Im Verlaufe unserer

Verwaltungsstelle Berlin S 54, Linienstraße 83/85
Geschäftszeitraum, 2 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 833 bis 836
und 6992 bis 6990.

Die engere Verwaltungsf-
sitzung fällt heute aus.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Die engere Verwaltungsf-
sitzung fällt heute aus.

Der Kleingeldmangel. / Die Verkehrslage.

Wo bleibt das Kleingeld?

Die Banken haben angeblich kein Geld. Infolgedessen haben die Geschäfte und Firmen kein Geld, um Arbeitern und Angestellten auszuzahlen.

Die Gegend hinter dem Alexanderplatz, um den Friedrichshain herum, ist das Berliner Brauereidietel. Da liegen die großen Brauereien: Bögum, Schulthess, Böhmisches Brauhaus, Friedrichshain, Pfefferberg, und wie sie alle heißen.

Ungeheure Mengen kleinerer Zahlungsmittel werden bei den Verkehrsanstalten - Vorort-, Untergrund- und Straßenbahnen und Autobussen - vereinnahmt.

Bankchecks sind Zahlungsmittel.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß zur Behebung der Zahlungsmittelnot die Berliner Großbanken Schecks in Abschnitten von 1 und 5 Millionen Mark aufeinander ausgeschrieben haben.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

„Da haben wir also das Schießen,“ stellte Gude fest. „Den ganzen Sommer hat die Batterie salutiert, als die Wärme kam und die Tropfen sprangen!“

Rustad warf die Flaschen eine nach der anderen hinaus, sie gingen von hand zu hand, bis Gerda sie in Empfang nahm und auf Deck stellte.

„In der ganzen Zeit, als wir in Schweden waren,“ sagte Rustad, „tranken wir nur Wasser. Dazu ist man in Schweden genötigt; und für Kapitän Högelund war es auch am besten so.“

„Den Lichtbilderapparat hier,“ sagte Rustad, „übernahmen wir von einem verrückten Photographen, der geographische Vorträge in jedem Enthaltamtskiosk hielt und seine Rechnung nicht bezahlen konnte.“

Folgender Fall, der zeigt, wie wenig auch gewisse Behörden das Ihrige tun, um der augenblicklich herrschenden Geldkalamität zu wehren: ereignete sich gestern vormittag auf dem Postamt D 67.

Die Hochbahn fährt wieder.

Die gestrigen Verhandlungen bei der Hoch- und Untergrundbahn führten nachmittags zu einer Verständigung, an die allerdings von der Direktion die Bedingung geknüpft wurde, daß der Betrieb auf allen Schnellbahnstrecken unverzüglich wieder aufgenommen sei.

Geringe Störungen im Eisenbahnverkehr.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Die Strecklage im Eisenbahnbetrieb des Direktionsbezirks Berlin ist im wesentlichen die gleiche. Der Fernzugverkehr ist nach wie vor vollständig regelmäßig.

Warnung vor Benützung der Gasleitungen.

Die Direktion der städtischen Gaswerke teilt mit: Da der Streik auf den Gaswerken fortdauert, muß die Abgabe von Gas eingestellt werden. Bei dem geringen Gasdruck, der in der Rohrleitung noch vorhanden ist, wird entweder ein Verlötschen oder nur ein ganz kleines Brennen der Flamme verursacht.

Der Einzelhandel bescheidet sich.

Wie uns die Hauptgemainschaft des Deutschen Einzelhandels mitteilt, hat sie in Rücksicht auf die innerpolitischen Schwierigkeiten den ihr angeschlossenen Verbänden dringend empfohlen, von weiteren öffentlichen Maßnahmen zur Beseitigung der gesetzlich festgesetzten unerträglichen Ausnahmestellung des Einzelhandels vorläufig Abstand zu nehmen.

konstituiert und in den inneren Verhältnissen eine Erleichterung eingetreten ist, wird der Einzelhandel erneut seine berechtigten Forderungen an den zuständigen Stellen geltend machen.

Unruhige Stunden.

Auch im Laufe des gestrigen Tages und besonders des Abends kam es an verschiedenen Stellen in Berlin zu größeren Ansammlungen, deren Mittelpunkt kommunistische Streikruppen bildeten, die auf die Massen einredeten und sie zu allen möglichen Unübersichtlichkeiten hinführen wollten.

Gefährdete Ausländer.

Der Eindrehler als „nationaler Rächer“.

Mit einer wohl einzig dastehenden Verteilungsmethode trat der Kaufmann Kurt Langer vor der Gerichtskommission des Landgerichts II auf, vor der er sich wegen Einbruchsdiebstahls in 7 Fällen mit einer Reihe von Mitangeklagten zu verantworten hatte.

Der Währinger elegante Langer hatte im Januar dieses Jahres Einbrüche in Pensionen des Westens unternommen, wobei es hauptsächlich auf Ausländer abgesehen war.

„Ich fange bald,“ sagte er, „mit meinen eigenen Händen wieder zu schaffen an. Morgen früh reise ich, wie gesagt, nach den Lofoten.“

Wir fuhren von Götterburg,“ erzählte er, „an einem Montag ab und endeten in Vönlöping an einem Freitag, ich malte Plakate, die wir in Enthaltamts- und Missionshotels anbrachten.“

Rustad versprach, wenn es dunkel genug wäre, dem Kapitän das Wort zu erteilen. Es würde die Zwillinge möglicherweise freuen, ihren Vater zu hören, und verschiedene der Bilder würden sicher auch zur Erbauung für die reiferen Gemüter an Bord dienen!

Dann ging Rustad mit einer Leitungsschnur an Land, um Strom für den Apparat zu bekommen. Er kam zurück und war zufrieden. Der Verwalter des roten Badhauses hatte ihm bereitwillig einen Steckkontakt angewiesen.

Als sie gegessen hatten, brachte Rustad das Licht des Apparates in Ordnung. Sie aßen achtern im Blumengarten und warteten auf den Einbruch der Dunkelheit.

Rustad holte eine der gerietelten Flaschen mit Champagner. Er öffnete sie und schenkte ein Glas ein. Aber er schüttelte traurig den Kopf. Der Wein war schal, schmeckte wie Grundwasser vom Rehovner Kanal, er war stinkend und scharf.

„Der Vortrag des Kapitän schritt weiter, seine Stirnhaut verlor sich angestrengt. Er erzählte von seinen wunderbaren Reisen, berichtete Erlebnisse ohnegleichen.“

Er erzählte von dem merkwürdigsten Abenteuer seines Lebens, das ihm eines Morgens an Bord des Schoners Sidney einige hundert Seemeilen Südwest von Neuseeland begegnet war. Vom Ausguck wurde gepreist: Wack voraus! Und ein tolschwarzer Gegenstand hatte sich in Schaum gehüllt, mit Tang um den wiegenden Hals geziert, ein nach Roschus stinkendes, kühl wie eine Schlange mündendes Tier war aus der Tiefe des Ozeans aufgetaucht.

Landwirtschaft betreiben könne. Rechtsanwalt Dr. Störmer hatte begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Rechtsanwalt Dr. Kochmann beantragte daraufhin, Lenzler zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine öffentliche Irrenanstalt zu überweisen. Das Gericht gab diesem Antrag auch statt. Bezüglich Einweilung folgte das Gericht dem Antrag von Rechtsanwalt Dr. Trog und sprach ihn frei, während Scharnacker 1 Jahr 6 Monate und der schon vorbestrafte Kretschmer 2 Jahre 3 Monate Gefängnis wegen Landdiebstahls erlitten. Das Gericht hielt beiden zugute, daß sie unter dem Einfluß Lenzlers gestanden hätten.

Sachwertbeschaffung ohne Kapital. Ein neuer Schwindeltrick.

Durch fortgesetzte Diebstähle von Bettwäsche wurden in der letzten Zeit die hiesigen Hotels beunruhigt. Gestern gelang es endlich, den Dieb auf frischer Tat zu ertappen und festzunehmen. Er entpuppte sich als ein 25 Jahre alter, aus Württemberg gebürtiger Georg Baur, der erst im Mai d. J. aus dem Gefängnis in Spandau, wo er wegen Unterschlagung mehrerer Monate verbüßt hatte, entlassen worden war. Baur arbeitete mit einem neuen Trick. Er nahm im Hotel jedesmal ein Zimmer mit zwei Betten. Wenn er einzog, so war er, ohne daß man das merkte, nur mit einer Hose und einem langen schwarzen Mantel bekleidet. Unter diesem wickelte er dann die Bettwäsche um seinen Leib, und so konnte er, ohne Auffehen zu erregen, mit seiner Beute davongehen. Gestern wurde er in einem Hotel in der Mittelstraße überführt, als er mit seiner eigenartigen Toilette noch nicht fertig war. Er behauptet zwar, daß das sein erster Diebstahl dieser Art sei, aber er hat ohne Zweifel auch die anderen auf dem Kerbholz und gibt zu seiner Entschuldigung an, er habe Angst gehabt vor dem Zusammenbruch des Staates, von dessen Vorkommen er gehört habe, und habe sich rechtzeitig mit Sachwerten eindecken wollen. Er behauptete auch, Hofe und Mantel seien die einzigen Kleidungsstücke gewesen, die er besitze. In seiner Wohnung jedoch fand man die feinsten Kleidungsstücke aller Art. Bestohlene, die noch keine Anzeige gemacht haben, mögen sich im Polizeipräsidium, Zimmer 133, Hausanruf 490, bei Kriminalkommissar Droege melden.

Bedeutende Erhöhung der Posttarife noch im August.

Der Reichstag erteilte in seiner Sitzung am gestrigen Montag den Befehl zur Erhöhung der Post-, Postschick- und Telegrafengebühren, sowie über Fernsprechtarife und die Zustimmung. Es wird dadurch eine völlige Neuordnung der Postgebühren herbeigeführt. Da das Defizit der Reichspostverwaltung sich auf rund 80 Billionen beziffert, muß schließlich eine erhebliche Erhöhung der Gebührensätze vorgenommen werden. Das Porto für den Fernbrief wird auf 20 000 M. heraufgesetzt. Dem Reichspostminister wird die Ermächtigung erteilt, die neuen Gebührensätze noch im Laufe des Monats August in Kraft zu setzen. Der Reichspostminister wird ermächtigt, alle halbe Monate die Gebührensätze nach der jeweiligen Preisentwicklung festzusetzen. Das Gleiche gilt für die Fernsprechtarife, für welche außerdem das bestehende Gebührensystem dahin geändert wird, daß die bisherige Grundgebühr in Fortfall kommt und die Berechnung auf die Orts- bzw. Ferngesprächsgebühr abgestellt wird. Aus den niedrigen Post- und Telegraphentarifen haben besonders Handel und Industrie ungeheure Vorteile gezogen, die ihnen nunmehr wenigstens in etwas unterbunden werden. Schmerz empfinden wird die Erhöhung von dem freien Beruf der Schriftsteller werden.

Verfahren gegen den kommunistischen Stadtrat Veg.

Der unbefohlene kommunistische Stadtrat Veg hat es für seine Aufgabe gehalten, zusammen mit anderen Kommunisten die Direktoren der städtischen Elektrizitätswerke am Betreten der Werke zu hindern. Der Oberbürgermeister hat daraufhin seine sofortige Amtsenthebung und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn veranlaßt.

Abgefagte Stadtverordnetenversammlung.

Die für Donnerstag vorgesehene Stadtverordnetenversammlung, in der nach dem Vorschlag aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, die Ferienzeit unterbrochen werden sollte, wird nicht stattfinden. Wie wir gleich bei der Mitteilung von der Einberufung dieser Sitzung gemeldet haben, wollen die Kommunisten unter keinen Umständen einen Abbruch der Ferien ermöglichen. Sie erhoffen sich von der Vermehrung der Schwierigkeiten für die städtische Wirtschaft nur günstiges für ihre Propaganda. Herr Dörfer teilte dem Stadtverordnetenvorsteher auf

Schiebers machen Hochzeit.

Von Erna Böling.

Beide sind dumm. Sie haben sozial soziales Empfinden wie ein Holzstück, sozial geistige Werte wie ein ausgenommenes Hering, und in ihr Auffassungsvermögen gerät nur Beweglichkeit, wenn es gilt, die lieben Rätenmenschen zu überorteln. Dabei haben sie Geld, und das ist nicht nur ausschlaggebend für sie, es dirigiert auch das Verhalten der anderen Menschen zu ihnen. Heute haben er und sie ihren großen Tag, denn „Schiebers“, so nennt man sie für gewöhnlich im Hause, machen Hochzeit.

Diese wird auch für die Mitbewohner zum aufregenden Tag. Da ist der bleiche, überanstrengte geistige Arbeiter und seine unterernährte, stets ströhlende Frau. Beide finden sich nicht zurecht in unserem Zeltstaat der funktionierten, spekulativen Nachenschaft. Sie haben einen teils heimlichen, teils offensichtlichen Groll auf Schiebers. Aber heute geben sie willig ihre Häuser her, die man auf der Straße ausbreitet, damit Schiebers, so wie es sich für vornehme Leute gehört, weich von der Haustür zu ihrem Auto schreiten können.

Die Frau, die tagsaus, tagsin Oberhemden näht, zieht auch immer die Stirn kraus, wenn sie Schiebers sieht. Ihr Mann starb früh. Sie bekommt keine Pension, und keine Hinterbliebenenfürsorge nimmt sich ihrer an, da muß sie von morgens früh bis abends spät nähen, um sich und ihr kleines Mädchen durchzubringen. Aber heute ist sie hocherfreut, weil ihr Kind bei Schiebers Hochzeit in der Kirche Blumen streuen soll. Sie hat das kleine Mädchen mit Ermahnungen und guten Ratschlägen schon ganz eingeschüchelt und dem Weinen nahegebracht.

Am radikalsten ist für gewöhnlich der Portier des Hauses in seiner Aufgebrachttheit gegen Schiebers. Er behauptet des öfteren, daß sie an den Salzen gehörten und man sie auffhängen müsse. Aber heute hat er, dem Tage zu Ehre, seinen grünlich schimmernden, speigigen schwarzen Rock angezogen. Er trägt sogar Handschuhen und die rutschen ihm regelmäßig bis auf die Fingerspitzen, wenn er die herumlungern Kinder vom Hauseingang verjagt. Jeden Blumensträußchen umfängt er mit einer tiefen Verbeugung, und seine Frau steht mehr als einmal sein sich unberechtigterweise hervorwagendes Borkeid wieder unter Rock und Weste.

Ich aber kann nicht verstehen, daß alle diese Menschen Schiebers an ihrem Ehrentage nicht allein lassen. Und weiter kann ich auch nicht verstehen, daß die Allgemeinheit noch nicht spontan die Waffe des passiven Widerstandes gegen alle Schieber entdeckt hat.

Kaffee- und Bildungsmöglichkeit für junge Arbeiter. In dem Artikel „Jugendklub und Reichsverfassung“ von Gerhard Potbur am 12. August steht der Satz: „Bis heute hat die

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle		Höchste Wochenlöhne in Berlin	
(in tausend Mark)		(in Tagelohn)	
Rindfleisch ohne Knochen	620	Maßschuhmacher v. 6. b. 11. 8	4600
do. m. Knochen	500	Elektriz.-, Gas- u. Wasser-	
Hammelfleisch	620-650	werke v. 6. bis 12. 8	9630
Lebende Schlois	500-600	Schornsteinfeger v. 6. bis 11. 8	5230
Tilsiter Käse	500-700	Gemeindearbeiter (ungel.)	
1 Ei	50	v. 12. bis 18. 8	7742
Landfleisch	440	do. (angelernt) v. 12. b. 18. 8	7894
Butter	1000	do. (Handwerker) do. do.	8252
Schmalz	170-300	do. (Jugendliche) do. do.	4635
Margarine	700-900	Gemeindearbeiterinnen	
Rindertalg	725	(ungel.) v. 12. bis 18. 8	5395
Büchlinge (1 Pfund)	360	do. (angelernt) do. do.	5594
Glasiertes Reis	200	do. (qualifiziert) do. do.	5768
Erbsen m. Hülsen	375	do. (Jugendliche) do. do.	2989
Blauberen	50-60	Metallarbeiter v. 12. b. 18. 8	9522
Tomaten	120-150		

Fleisch und Fett wurden in größeren Mengen angeboten, fanden aber nicht raschere Abnahme. Die Kartoffelstände waren leer.

Seine Einladung zu einer Kettensitzung mit, er habe keine Zeit zu kommen und was die Kommunisten wollten, könne man in der „Roten Fahne“ lesen.

Bezirkstagung der Jungsozialisten!

Der Bezirksoorstand der Jungsozialisten der Provinz Brandenburg rief die Jungsozialisten und Junggenossen zur Jungsozialistensitzung am 1. und 2. September nach Fürstentum an der Spree, um die Einheit der jungsozialistischen Bewegung zu festigen. Die Tagung soll der Ausgangspunkt zum vereinten rüstigen Vorwärtsschreiten sein und darf daher keiner fehlen, der der Sache nahesteht. Das Programm ist: Sonnabend, den 1. September, abends 9 Uhr Begrüßungsfeier in der Aula des Lehrerseminars. Sonntag, den 2. September, morgens 9 Uhr beginnt die Tagung im Jugendheim in der Adlerstraße mit folgender Tagesordnung: 1. Deutsches Volk, Deutsche Heimat, Deutscher Staat. Referent: Gen. Dr. Salomon, Lindenwalde 2. Erlangen — Nürnberg. Referent: Gen. Wegner, Berlin (Reichsausschuß). 3. Die Arbeit der Gruppen im Bezirk. 4. Verfallenes. Meldungen für Quartier und Teilnahme sind bis 22. August 1923 an die Ortsgruppe oder an den Genossen Franz Schulz, Fürstentum, Kirchstraße 2, zu richten.

5 Jahre Gefängnis für einen Wohnungsschwindler.

Ein Schlächtermeister C. hatte verschiedenen kleineren Leuten versprochen, ihnen auf Grund seiner guten Beziehungen zu Beamten beim Wohnungsamt Wohnungen zu verschaffen und ließ sich von diesen Gelder zahlen, in einem Falle 1 Million, in einem anderen Falle 2½ Millionen und in einem dritten Falle 50 000 M. usw. angeblich zur Bestimmung der Beamten. Dieses Geld unterschlug er, Wohnungen hat er aber natürlich nicht beschafft. Der Amtsanwalt beantragte ein halbes Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht ist aber weit über diese Strafe hinausgegangen und verurteilte ihn zu der höchstzulässigen Strafe von fünf Jahren Gefängnis.

Kommunistischer Zeitungsterror.

Die Kommunisten waren vorerstern und gestern in allen Stadtteilen an der Arbeit, den Verkauf der ihnen unangenehmen Tagespresse, mit allen Mitteln des Terrors zu verhindern. Sie bedrohten die Zeitungserkäufer und nahmen den Redakteuren die Zeitungspakete fort. Dieses Eintreten für das Proletariat der Zeitungserkäufer, indem man ihnen jede Verdienstmöglichkeit nimmt, kennzeichnet am besten den Geist, der die kommunistischen Gelben befeuert. Die Parteigenossen, die keine Zeitung erhalten konnten, werden um Rücksicht gebeten. Es wird versucht werden, soweit wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Übergehende Schließung des Mietvereins Neukölln.

Das Bezirksamt Neukölln teilt mit: Die Diensträume einschl. der Sitzungssäle des Mietvereins Neukölln werden am 15. August von 8 Uhr bis 28. August nach dem Dienstgebäude der städtischen Sparkasse, Gangoferstr. 11/12, verlegt. Zur Bewerksstimmung der Umzugsarbeiten bleibt das Amt für den Verkehr mit dem Publikum vom Dienstag, den 14. August, bis Freitag, den 17. August, einschl. geschlossen. Die an den genannten Tagen anberaumten Termine finden trotzdem an den auf den Ladungen bezeichneten Orten statt.

Republik noch keine Mittel und Wege gefunden, jungen begabten Arbeitern den Aufstieg zu den höchsten Bildungsstufen zu ermöglichen.

Diese Behauptung läßt sich heute nicht mehr im vollen Umfange aufrechterhalten. Zunächst muß gesagt werden: die Arbeiterschaft darf nicht allein warten auf Verordnungen und Einrichtungen von oben her, sie muß selbst handeln, sich ihre eigenen Schulen bauen. Wo das geschehen ist, wie in Hamburg, ist schon viel erreicht. Aber auch hier in Berlin wird schon tatkräftig in diesem Sinne gearbeitet. So besetzt z. B. seit Ostern 1922 am Realgymnasium in der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln eine Aufbauschule. Begabte Volksschüler können nach 7 Schuljahren in die Aufbauschule eintreten und können, wenn sie sich als tüchtig und befähigt erweisen, nach 6 Jahren — also ohne Zeittverlust — die Universitätsreife erlangen. Außerdem besteht an derselben Anstalt seit einem Vierteljahr ein Abiturientenkurs für junge Arbeiter, die 7 bis 8 Jahre die Volksschule und 3 Jahre die Fortbildungsschule besucht haben. Auch sie sollen nach 3 Jahren die Möglichkeit haben, sich das Reifezeugnis einer höheren Schule und damit die Zulassung zur Universität zu erwerben.

Wir wissen sehr wohl, dies alles sind nur Anfänge und Ansätze zu einer Um- und Neubildung unseres Bildungswesens. Aber das starre System der bisherigen Schule ist damit durchbrochen. Pflicht und Aufgabe der arbeitenden Bevölkerung muß es sein, diese Einrichtungen zu unterstützen und für ihren Ausbau einzutreten. Denn das ist das Ziel: der gesamten Jugend unseres Volkes nach ihrer Anlage und Fähigkeit jede Bildungsmöglichkeit unserer Zeit zu erschließen.

Die Sonnenfinsternis in Mexiko. Am 10. September findet eine totale Sonnenfinsternis statt, die am besten in Mexiko sichtbar ist. Etwa zehn Expeditionen, die in der Hauptsache von Amerika ausgerüstet werden, sind bereits eingetroffen, um das Beobachtungsnetz vorzubereiten. Es handelt sich auch diesmal darum, die Einseitigkeit der Relativitätstheorie in bezug auf die Ablenkung des Lichtes nachzuprüfen. In der Nähe der Sonne werden sich während der Finsternis etwa 80 Sterne befinden, deren Ablenkungswinkel für jeden einzeln von Prof. Eddington vom britischen Observatorium in Rom bereits berechnet sind. Die beiden Sonnenfinsternisse vom 29. Mai 1919 und 20. September 1922 haben, wie man weiß, die Theorie Einsteins voll bestätigt. Man sieht deshalb mit großer Erwartung dem Ergebnis der Nachprüfung gelegentlich der diesjährigen Finsternis entgegen.

Deutsche Erfolge gegen die Schlafkrankheit. Die bedeutsame Entdeckung eines neuen Mittels zur Bekämpfung der Schlafkrankheit ist Anlaß gewesen, daß deutsche Gelehrte, Prof. Dr. R. Meinel und Dr. W. Fischer, in Afrika selbst in die Prüfung des neuen Medikaments „Bayer 205“ eingetreten sind. In Rhodesia und dem Kongo wurden die Versuche angestellt. Der toden in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ erscheinende Bericht vermag bei der Schlafkrankheit der Kinder noch kein endgültiges Urteil über die Grenzen der Wirksamkeit des Mittels abzugeben. Dagegen ist seine Heilkraft bei der menschlichen Schlafkrankheit mehr und mehr hervorzuweisen, wenn man von manchen Fällen mit schweren Nieren- und Nerven-erscheinungen absteht. Der Bericht aus Rhodesia ergibt ein äußerst befriedigendes Ergebnis. Als wichtigstes feststehendes Ergebnis der

Ein gefährliches Spielzeug. Der 20 Jahre alte Arbeiter Walter Kehler spielte gestern nachmittag in seiner Wohnung im Hause Wörther Str. 87 mit der Sprengkapsel einer Handgranate. Plötzlich explodierte die Kapsel und die Sprengstücke rissen dem jungen Mann sämtliche Finger der rechten Hand, sowie den Daumen und Ringfinger der linken Hand ab. Außerdem trug er Verletzungen am Unterleib davon. Der schwer Verletzte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen geschafft. Nach seiner Angabe hat er die Sprengkapsel auf dem Schießplatz in Jüterbog gefunden.

Neue Vorortzüge nach Zuchow. Vom 20. d. M. ab verkehrt vom Gürtlicher Bahnhof ein neuer Zug ab 9 Uhr abends, an Grünau 9.20 abends. Der um 10.27 vom Gürtlicher Bahnhof abgehende Vorortzug III, der bisher nur bis Grünau fuhr, wird vom 20. d. M. ab bis Zuchow durchgeführt, an 11.06 abends. Weiter wird von Zuchow ein neuer Frühzug ab 6.13 morgens eingelegt, an Gürtlicher Bahnhof 6.50.

Ungehörte Ausschreitungen eines Ausländers in Hamburg. Am Sonntagabend ereignete sich in einer Konditorei auf der Reeperbahn in Hamburg ein blutiger Zwischenfall. Als die Polizeistreife gebildet wurde, weigerte sich ein offenbar angegrünter Ausländer, das Lokal zu verlassen. Er zog einen Revolver und schoß. Die Wirtstochter wurde durch einen Bauchschuß, der Klavierspieler an der Hand verletzt. Der Schütze flüchtete dann dem Hofen zu, auf Passanten, die ihn aufhalten wollten, blühdings schießend. Im ganzen sind acht Personen, einige schwer, verwundet. Der Ausländer entkam.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Eine Anzahl Abteilungsleiter hat in diesem Monat leider noch keine Abteilungsabteilung eingeschickt. — Sie werden hierdurch nochmals auf den bestehenden Befehl hingewiesen mit dem Bemerkung, daß sie beim Ausbleiben dieser Abteilung hier in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. J. A.: Max Pagels.

Heute, Dienstag, den 14. August:

1. Kreis Charlottenburg. Abends 7½ Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Reimer, Wilhelmshofstr. 21.
2. Abt. Wilmersdorf. Abends 7½ Uhr, bei Siebold, Ullandstr. 108, erweiterte Abteilungsabteilung.
3. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 8 Uhr, beim Genossen Hamburg, Schönbr. 108, Funktionärsabteilung. Alle Parteien müssen vertreten sein.
4. Abt. Niederschlesien. Abends 8 Uhr, bei Rubach, Ullandstr., wichtige Funktionärsabteilung.

Morgen, Mittwoch, den 15. August:

1. Kreis Mitte. Abends 7 Uhr, Mitgliederabteilung des gesamten Kreises im Hofenthaler Hof, Hofenthaler Str. Thema: „Die politische Lage“. Referent ist ein Mitglied der Reichsleitung.
2. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7 Uhr, Mitgliederabteilung im Bethohof, Verleberstr. 24. Vortrag über die gegenwärtige politische Lage. Referent Gen. Reimer. Die Funktionäre treffen sich zu einer wichtigen Aussprache 1 Stunde früher.
3. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, Funktionärsabteilung bei Schmidt, Bielestr. 17. Erschienen aller Funktionäre dringend erforderlich. Mitgliederabteilung mitbringen.
4. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, Mitgliederabteilung. Fortsetzung der Debatte über die politische Lage. Referent Gen. Reimer.
5. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, außerordentliche Mitgliederabteilung (Referent: Reichsleiter Gen. Reimer). Thema: „Die politische Lage“. Referent: Gen. Reimer. Die Funktionäre werden ersucht, zu dieser Versammlung einzuladen.
6. Abt. Prenzlauer Berg. Mitgliederabteilung mit Vortrag und anderer wichtiger Tagesordnung im Gefängnis des Heimholzungsmuseum, Kubensstr., abends 7½ Uhr.
7. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr bei Schöthole, Morgenstr. 15a, Mitgliederabteilung. Thema: „Die politische Lage“. Referent: Gen. Reimer.
8. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, außerordentliche Mitgliederabteilung bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Straße 173. Abrechnung. — 9. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, Mitgliederabteilung in der Schulstraße, Thomsenstr. 20. Vortrag über die politische Lage. Referent Gen. Reimer.
9. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 8 Uhr bei Siebold, Hofenthaler Hof, gemeinsame Mitgliederabteilung. Vortrag: „Die Reichsleiterabteilungen“. Referent: Gen. Reimer.
10. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, Mitgliederabteilung in der Büchsenstraße, Büchsenstr. 29. Vortrag über Kulturfragen und Sozialdemokratie.
11. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7½ Uhr, Mitgliederabteilung im Fürstentum. Vortrag über die politische Lage. Referent Gen. Reimer.
12. Abt. Niederschlesien. Abends 7½ Uhr bei Schöthole, Kinder-Dr., Mitgliederabteilung.
13. Abt. Reinickendorf-CK. Abends 8 Uhr, Funktionärsabteilung im Jugendheim Erwerb, Reichenstr. Berber um 7 Uhr davor Sitzung des angereichten Abteilungsabteilung.
14. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7 Uhr, Mitgliederabteilung im Reichsland der Wollschneiderei, Treptowstr. 25. Tagesordnung: 1. Die politische Lage (Referent Reichsleiter Gen. Reimer und Gen. Reimer). 2. Stellungnahme und Antrag zum Reichstags. 3. Betriebsanfragenarbeiten.
15. Abt. Prenzlauer Berg. Abends 7 Uhr, Mitgliederabteilung in der Aula des Realgymnasiums. Tagesordnung: Die politische Lage. Referent Gen. Reimer. Parteiführer willkommen.

Anwendung von Bayer 205 sehen die deutschen Gelehrten an, daß es gelingt, das Blut selbst solcher Kranker, die klinisch nicht genesen, auf lange Zeit zu sterilisieren. Werden in einer von der Schlafkrankheit betroffenen Gegend systematisch alle verdächtigen Eingeborenen durch herumreichende Berge oder zuverlässiges Sanitätspersonal in Behandlung genommen, so wird den Strömungen ihre Infektionsquelle allmählich verfliegen und mit der Zeit muß die Seuche ganz erlöschen. Es ist ein eigenes Schicksal, daß das deutsche Medikament und die deutschen Forschungen jetzt solche Erfolge gegen die einst in unseren Kolonien wütende Seuche zu verzeichnen haben, nachdem der Wunsch nach Verfallens und die unmittelbare Sorge für die Gesundheitsverhältnisse Afrikas genommen hat.

Der 3. Internationale Kongress für die Bekämpfung des Auswärtigen hat seine Arbeiten in Strassburg i. E. abgeschlossen. Es wurde festgestellt, daß die Zahl der wirklich Auswärtigen 3 ½ Millionen beträgt; die meisten in Indien und überhaupt in Asien, ein Teil aber auch in Spanien, sowie auf dem griechischen Archipel. Es wurde mitgeteilt, daß ein Serum bestehe, das die endgültige Heilung des Auswärtigen gestattet. Das Serum nennt sich „132 Bomarell“.

Japanisches Zahnziehen. Neben der modernen, wissenschaftlichen Heilmethode, in der die japanischen Kerze ihren abendlichen Kollegen keineswegs nachstehen, blüht in Japan, namentlich in abgelegenen Gebieten und unter dem Volk, vielfach noch die alte Medizin, wie sie vor der Eroberung des Landes durch die europäische Kultur ausgeübt wurde. Namentlich die Zahnärzte hantieren zum Teil noch nach ihrer eigenen Methode, und die Japanerinnen, die sich von solchen Nichtmedizinern einen Zahn ziehen lassen, haben vor ihren ängstlichen abendlichen Geschlechtsangehörigen die Annehmlichkeit voraus, daß ihnen bei derartigen Operationen der schreckensinspirierende Anblick der Wurzelninstrumente erspart bleibt. Der alte Zahnkünstler im Reiche des Mikado pflegt nämlich die Zähne mit den Fingern zu reißen, ohne jegliche Anwendungen von Brechwertzeugen. Es gehört jedoch viel Übung dazu, auf diese Weise einen festgewurzten Zahn zu entfernen. Um die nötige Praxis zu erlangen, macht der japanische Dmisti einn Kurus bei einem Meister durch. Ein Brett aus Fichtenholz liegt auf der Waite des Fußbodens; Löcher sind hineingehöhrt, und in jedem derselben steckt ein feiner Zapfen aus weichem Holz. Diese Zapfen muß der angehende Zahnkünstler mit Daumen und Zeigefinger gerade auf, ohne zu rütteln, ziehen lernen. Kann er dies, so geht er zum Eisenblech, in dem Eisenzapfen steckt, dann zum Abstreifen, in das keine Eisen- und Wurzelnreste mit dem Hammer eingetrieben sind. Bringt er dies ohne Wackeln und Drehen mit den Fingern heraus, so ist er ein fertiger Zahnarzt, und kein eisenfester Wurzelnzapfen kann ihn widerstehen. Ein geschickter Zahnkünstler dieser Art bringt das Kunstwerk zustande, in einer Minute ein halbes Dutzend Zähne jutage zu fördern, ohne seine natürliche Zange ein einziges Mal aus dem Munde des Operierten zu ziehen.

Frankreichs Entschleunigung. Die Gesundheitsfragen aus den drei letzten Jahren Frankreich während der ersten Hälfte von 1922, die jetzt veröffentlicht werden, zeigen die weitere Abnahme der französischen Bevölkerung. Während die Geburten in den ersten 6 Monaten 1921 14036 betragen, waren es im ersten halbjahre 1922 nur noch 14 694 und 1923 14 722. Diese Zahlen stellen eine Abnahme in zwei Jahren um 11 Proz. dar.

- 7. Kreis Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr. Kreisfunkionskonferenz in Charlottenburg. ...
12. Kreis Treptow. Abends 7 1/2 Uhr. Kreismitgliederversammlung in Nieder- ...
19. Kreis Köpenick. Kreismitgliederversammlung bei Krieger. ...

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, 14. August, 7 1/2 Uhr:

- Lichterabend. Jugendheim Schule Rosenthaler. Vortrag: 'Sexualleben des ...
1. Rotenb. Jugendheim. Vortrag: 'Die politische Lage und die ...
2. Rotenb. Jugendheim. Vortrag: 'Die politische Lage und die ...'

Wetter bis Mittwoch mittag. Wind mäßig, zeitweise heiter mit ...

Sport.

Die Weltmeisterschaftskämpfe der Berufsringler wurden am ...
Donnerstag durch Carl Kamrad und Möbns-Perin eingeleitet. Der Kampf ...
wurde gegen den Sieger 3 1/2 Millionen und der Besiegte 1 1/2 Millionen erhält.

Wirtschaft

Pulschreiberei und Devisenmarkt.

Als Anfang Februar d. J. die erste Stützungsaktion der Mark ...
mit gänzlich unzureichenden Mitteln in Angriff genommen wurde, ...
ging der Kurs des Dollars an den Auslandsbörsen zurück; der Berliner ...

Um so auffälliger ist es, daß die Mark im Auslande stärker ...
steigt als in Berlin. Während die Spekulation auf anderen ...
deutschen Märkten nicht mehr sicher ist, während man jetzt bereits ...

Dafür bleibt nur eine Erklärung. Wieder wird Deutschland ...
von Streiks und Pulschgerüchten durchzittert, welche es jedem ...
Besitzer von Auslandszahlungsmitteln raten machen, doch zu ...

So ist die Putschpropaganda geeignet, die Lebenshaltung ...
der breiten Massen auf das Äußerste zu gefährden, während die ...
Regierung am Werke ist, auf breiterer Grundlage den Markkurs ...

Eine Million Mark genossenschaftlicher Geschäftsanteil. Die ...
Verlorger der Bevölkerung sind den unentbehrlichen Lebensmitteln ...
ist durch die ungeheuerliche Marktentwertung und den dadurch ...

Devisenkurse. Unterer gestrigen Kursstapel ist noch nachzutragen: ...
1 russische Mark 102 742. — Geld, 103 258. — Brief; 1 japanischer ...
1 825 425 Geld, 1 834 575 Brief; 1 brasilianischer Milreis ...

Filmschau.

'Zwischen Himmel und Erde'. Otto Ludwig Roman, wurde im ...
Laurentien-Palast als Film gezeigt. Mit den besten Romanen ...
und bleibt es eine beachtliche Sache. Es fehlen zu oft die trefflichen ...

'Im Winter auf dem Großglöckner'. Die beiden Schweiß- ...
filme haben bei uns dem Berg- und Winterportfilm für immer eine ...
herrorragende Platz erobert. Die neue Arbeit, die im Kino ...

Der enorme Geldwertverfall zufolge sind wir gezwungen, die ...
mit Jänen vereinbarten Preise für die Schwimmabende aufzugeben. ...
Als Nichtpreis setzen wir fest den Betrag für 30 große Glas ...

Arbeiter-Sport

Arbeitersport und Partei.

Man schreibt uns: Eine Angelegenheit, die längst spruchreif ist, ...
soll heute hier einmal behandelt werden. Sowohl am 18. März, dem ...
Tag, an dem alle Republikaner die 75. Wiederkehr der ersten ...

Allerriegenturnen Groß-Berlin.

Im Arbeiter-Turn- und Sportbund wird das Turnen der ...
Älteren planmäßig in besonderen Riegen gepflegt. Wer von Jugend ...
auf geturnt hat, kann zwar auch in späteren Jahren es noch mit ...

Schwimmergebnisse vom Stadionsfest.

Sonnabend:

- Männereisziele, 4x100 Meter, beliebige: 1. Fr. Sch. Rosenthal 5 Min. ...
2. Fr. Sch. Rosenthal 5 Min. 30.8 Sek.; 3. Kollner 5 Min. 11.4 Sek.; ...

Sonntag:

- Männereisziele, 4x100 Meter: 1. Bornhördt-Berlin 5 Min. 30.8 Sek.; ...
2. Fr. Sch. Rosenthal 5 Min. 30.8 Sek.; 3. Kollner 5 Min. 11.4 Sek.; ...

Das Sportkartell des 12. Bezirks (Luzschke) veranstaltet vom 15. bis ...
24. August eine Sportwoche, die mit einem Ausmaß an Arbeiterport ...

Ausstellung für das Sportlich der Verein Turnerschaft Wilbau am 2. ...
September. (Offen für den 1. Kreis.) A. Männer: (100 Meter), 400, 1500, 3000 ...

Arbeiter-Sport und Partei. Am Montag, den 20. August, ...
10 Uhr, findet bei Carl, Moritz, Simonstr. 16, eine Verammlung ...

Eigenartige Nichtpreise.

Dem Berliner Schwimmverein 'Union' ging folgendes Schreiben ...
vom Magistrat zu: ...
Stadt Berlin, Bezirksamt Mitte, ...
Gesundheitsdeputation, ...

